

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Dezember 2017

VEREINTE NATIONEN

Weshalb ein Abkommen
über den Umgang mit
Bürgerkriegen nötig ist

NACHHALTIGKEIT

Mexikos Weg
zur Erreichung der
SDGs

ARBEIT

Chancen für ruandische
Jugendliche mit
Behinderungen



Philanthropen

SCHWERPUNKT

Philanthropen

Netter Versuch

Der Mo-Ibrahim-Preis belohnt gute Regierungsführung. Änderungen bei den Vergabekriterien könnten ihm mehr Wirkung geben, meint der ghanaische Wissenschaftler Vladimir Antwi-Danso.

SEITE 23

Familien unterstützen

Die Aga-Khan-Einrichtungen sind in Ländern tätig, in denen Armut weit verbreitet ist. Die Einrichtungen haben einen hervorragenden Ruf, schreibt der kenianische Journalist Alphonce Shiundu.

SEITE 24

Eine Elite bilden

Die Gülen-Bewegung breitete sich mit Schulen, Bildungseinrichtungen und Vereinen in vielen Ländern aus. Laut dem Frankfurter Journalisten Timur Tinç sehen viele Experten sie kritisch: Die Bewegung habe sektenähnliche Strukturen und verfolge eine geheime Agenda.

SEITE 27

Für einen guten Zweck

Ohne die Mittel von Stiftungen wären zahlreiche entwicklungspolitische Maßnahmen nicht möglich. Viele Stiftungen sind von Unternehmen gegründet. Thomas Loster, Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung, diktiert im E+Z/D+C-Interview die Vor- und Nachteile.

SEITE 29

Die globale Agenda bestimmen

Bill Gates und andere Superreiche haben mit ihrem finanziellen Einsatz immensen Einfluss – ohne demokratische Legitimation. Die Politik muss multilaterale Organisationen mit genügend Mitteln ausstatten, fordert Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung.

SEITE 32

Dreifacher Auftrag

Medico international setzt sich für das Menschenrecht auf Gesundheit ein und hat eine Stiftung. Geschäftsführer Thomas Gebauer erläutert das Konzept im Interview.

SEITE 36

Wohltätigkeit mit Wirkung

Philanthropie wird in Indien immer wichtiger. Da viele staatliche Stellen versagen, begrüßt Journalistin Aditi Roy Ghatak aus Kolkata diesen Trend trotz seiner Schattenseiten.

SEITE 38

Monitor

Forderung nach multilateralem Vertrag zur Friedensförderung | Vernetzter Ansatz im Umgang mit Konflikten | Präventive Nothilfe | Textilindustrie muss nachhaltiger werden | Afrikanische Diktatoren als Türsteher Europas | Heutzutage: Unruhen in Togo | Impressum

4

Debatte

Kommentare zu den Möglichkeiten und Grenzen von Nothilfe, den Lehren aus der Weltklimakonferenz, der internen Machtkonsolidierung des saudischen Thronfolgers, Nordkoreas Streben nach Massenvernichtungswaffen und der Legitimitätskrise des kenianischen Staates

12

Tribüne

HELGE ARENDS

Mexiko stellt sich mit institutionellen und programmatischen Veränderungen den entwicklungs- und klimapolitischen Herausforderungen der Zukunft

17

MAXINE BAYER, MARIEKE FISCHER, JUDITH GUCKENBIEHL UND JANA HAKE

Junge Menschen mit Behinderung müssen besser in den ruandischen Arbeitsmarkt integriert werden

19

Schwerpunkt: Philanthropen

VLADIMIR ANTWI-DANSO

Änderungen der Vergabekriterien könnten Mo-Ibrahim-Preis zu einem wirksameren Instrument machen

23

ALPHONCE SHIUNDU

Aga-Khan-Institutionen unterstützen Entwicklung weltweit und genießen einen ausgezeichneten Ruf

24

TIMUR TINÇ

Die umstrittene Gülen-Bewegung ist mit Schulen, Bildungseinrichtungen und Vereinen in vielen Ländern präsent

27

INTERVIEW MIT THOMAS LOSTER

„Die Vorteile überwiegen eindeutig“

29

BARBARA UNMÜSSIG

Die Gates-Stiftung finanziert Entwicklungspolitik mit riesigen Spenden – und nimmt demokratisch nicht legitimierten Einfluss

32

INTERVIEW MIT THOMAS GEBAUER

Medico international fordert Rechtsanspruch für alle Menschen auf die Erfüllung ihrer existenziellen Grundbedürfnisse

36

ADITI ROY GHATAK

Unternehmerische Wohltätigkeit wird in Indien immer wichtiger, da viele staatliche Stellen versagen

38

Gefährliche Großzügigkeit

Bill Gates ist reich und großzügig. Die Stiftung, die seinen und den Namen seiner Frau trägt, spielt in der internationalen Entwicklungspolitik eine wachsende Rolle. Sie ist maßgeblich an der im November gegründeten Initiative Co-Impact beteiligt, die das Engagement von Philanthropen weltweit koordinieren und schlagkräftiger machen soll. Tatsächlich interessieren sich die Superreichen vieler Länder zunehmend für wohltätiges Handeln. Sie gehen professionell vor und streben unternehmerische Effizienz an. Entsprechend wächst ihr Einfluss im öffentlichen Leben. Manchmal steuern sie mit Versprechen, bestimmte Maßnahmen zu finanzieren, Regierungshandeln fern.

Häufig greifen sie da ein, wo Staaten versagen. Kurzfristig ist das gut – aber langfristig bedenklich. Das Gemeinwohl darf nicht den guten Absichten der Allerreichsten anvertraut werden, und es ist sicherlich nicht deren Aufgabe, das Gemeinwohl zu definieren. Das müssen gewählte Volksvertreter und Regierungen tun, die allen Bürgern verantwortlich sind. Philanthropen haben Eigeninteressen, seien sie ideologisch, religiös oder wirtschaftlich begründet.

Private Spender können Schaden anrichten. Die türkische Regierung behauptet, Fethullah Gülen, der muslimische Schulen und andere wohltätige Institutionen geschaffen hat, habe bei dem versuchten Militärputsch 2016 die Fäden gezogen. In den USA finanziert sich das American Enterprise Institute mit Privatspenden, und zu seiner Agenda gehört neben Klimaleugnung die permanente Forderung nach niedrigeren Steuern. Wegen niedrigen Steuererträgen sind aber viele Behörden ihren Aufgaben nicht gewachsen.

Selbstverständlich scheitern staatliche Institutionen auch aus anderen Gründen wie Korruption, Nepotismus, Ignoranz und Inkompetenz. Dysfunktionale Behörden täten sicherlich gut daran, ein paar privatwirtschaftliche Lektionen zu lernen. Es ist auch zu begrüßen, wenn Spitzenmanager gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen. Das Ziel muss aber ein handlungsfähiger und demokratisch legitimer Staat sein. Auch die Handlungsfähigkeit multilateraler Institutionen darf nicht von privaten Spenden abhängen.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Superreichen nicht immer auf edlen Wegen zu ihrem Wohlstand gekommen sind. Gates selbst ist ein Beispiel. Der Konzern Microsoft, den er gegründet hat, war am Ende des vergangenen Jahrhunderts ein Quasi-Monopolist. IBM durfte in den achtziger Jahren wegen Kartellverfahren nicht sein eigenes Betriebssystem verwenden. Microsoft schlüpfte in die Nische, und schon bald liefen auch gegen dieses Unternehmen Kartellverfahren. Zum Jahrtausendwechsel hatte Gates den Ruf eines gierigen Monopolisten; zum Philanthropen wurde er später.

Facebook-Gründer Mark Zuckerberg ist ein ähnlich erfolgreicher Mensch. Seine Frau und er haben versprochen, 99 Prozent ihres auf 40 Milliarden Dollar geschätzten Vermögens zu spenden. Es beruht auf einer monopolartigen Social-Media-Plattform, welche Privatdaten der Nutzer ausnutzt und als Brandbeschleuniger von Fake News aufgefallen ist. Zuckerberg sagt, er fördere das Entstehen von Gemeinschaften – aber sein Unternehmen zahlt kaum Steuern und unterhöhlt Grundlagen der Demokratie. Es wäre besser, er konzentrierte sich darauf, Facebook zu einem transparenten und vertrauenswürdigen Forum zu machen, statt auf Profitmaximierung mit dem Versprechen, irgendwann in der Zukunft für gute Zwecke zu spenden.

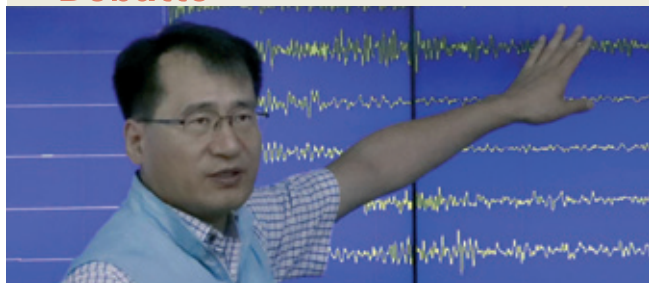
► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Fotos: Picture-alliance/Yonhap; picture-alliance/ZUMA Press

Debatte



Nordkoreas Bomben

Je isolierter Nordkorea wird, desto mehr sehnt sich das Regime unter dem unberechenbaren Herrscher Kim Jong-un nach Massenvernichtungswaffen. Seine Atomwaffentests halten die Welt in Atem, während zu Hause der Nationalismus wächst. Die Abwärtsspirale sei schwer zu stoppen, warnt der Politikwissenschaftler Maysam Behravesh.

SEITE 15

Tribüne



Der mexikanische Weg

Die mexikanische Regierung schiebt wichtige institutionelle und programmatische Veränderungen an, um sich den entwicklungs- und klimapolitischen Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Wichtigstes Ziel dabei ist laut Helge Arends von der GIZ die integrierte Umsetzung der Nachhaltigkeits- und der Klimaagenda.

SEITE 17

Barrieren abbauen

In Ruanda haben es Jugendliche mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer. Die Regierung bemüht sich um Integration. Doch gegen Vorurteile von Arbeitgebern, institutionelle Hürden und physische Barrieren muss weiter vorgegangen werden, fanden vier Studentinnen aus Marburg heraus.

SEITE 19

FACHBUCH

Forderung nach radikaler Reform

Die UN brauchen ein neues Konzept für Peacebuilding und Peacekeeping, meint Michael von der Schulenburg, der für die UN und die OSZE gearbeitet hat. Er schlägt einen neuen multilateralen Vertrag über den Umgang mit kollabierten Staaten, gewalttätigen nichtstaatlichen Akteuren und innerstaatlichen Konflikten vor. Solch ein Abkommen werde auch dem zwischenstaatlichen Frieden dienen.

Von Hans Dembowski

Kriege zwischen Staaten sind seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs selten geworden. Aus Schulenburgs Sicht ruht der internationale Frieden auf zwei Säulen: dem positiven kollektiven Sicherheitssystem der UN einerseits und der furchterregenden Abschreckung mit Nuklearwaffen andererseits. Regierungen, die über Atombomben verfügten, fürchteten nämlich keinen Angriff, da sie wüssten, dass sie verheerend zurückschlagen könnten.

Diese beiden Säulen haben sich laut Schulenburg in den vergangenen Jahrzehnten bewährt. Er warnt jedoch, dass sie schwächer würden. Die Autorität der UN schwinde, und die abschreckende Wirkung der Atomwaffen sinke in dem Maße,

wie immer mehr Länder Atomwaffen hätten. Obendrein erkennt er den Trend, dass zunächst unbeteiligte Länder in Bürgerkriege hineingezogen werden, sowie das Risiko, dass nichtstaatliche Akteure Zugriff auf Massenvernichtungswaffen bekommen. Der Weltfrieden sei deshalb weniger sicher, als generell angenommen.

Wie Schulenburg in seinem Buch „On building peace“ ausführt, waren Bürgerkriege und kollabierte Staatlichkeit Merkmale der vergangenen drei Jahrzehnte. Er stützt seine Forderung, die UN müsse die Konzepte für Peacebuilding und Peacekeeping überdenken, auf seine Erfahrung im Einsatz für die UN sowie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Brennpunkten wie Afghanistan, Iran, Irak, dem Balkan, Sierra Leone und Haiti.

Überzeugend legt Schulenburg dar, dass Peacebuilding wichtiger sei als Peacekeeping und entsprechend zuerst geschehen müsse. In Bürgerkriegssituationen könnten Peacekeeper nicht einfach eingreifen und Konfliktparteien auseinanderhalten, denn sie würden normalerweise nicht als unparteiisch akzeptiert. Sowohl für Peacebuilding als auch Peacekeeping sei ein Grundverständnis von nationaler Einheit

mit einem Mindestmaß an gemeinsamen Normen nötig.

Das westliche Modell demokratischer Nationalstaaten mit ausgeprägten individuellen Rechten passt laut Schulenburg nicht für Postkonfliktländer, in denen Misstrauen herrsche und Gemeinschaftsbindungen stärker ausgeprägt seien. Viele Menschen hätten schließlich Gewalt erfahren und weiterhin Grund, den Feind zu fürchten. Neues Vertrauen zu schaffen müsse Vorrang haben.

Schulenburg betont die Unterscheidung zwischen Nation und Staat. Beide seien verwandt, aber nicht dasselbe: die Nation entspreche der Seele und der Staat dem Körper. Staatliche Institutionen könnten nur dort funktionieren, wo Menschen sich über deren Aufgabe grundsätzlich einig seien. Diese Einschätzung ist stimmig, aber der Autor legt nicht dar, wie es gelingen soll, Institutionen unter den Bedingungen des Misstrauens aufzubauen. Die Huhn-oder-Ei-Frage bleibt unbeantwortet: Was ist zuerst da, der Staat oder die Nation? Ein Minimum von konventionellem Peacekeeping durch ausländische Truppen ist vermutlich doch nötig, sei es auch schwer implementierbar.

WICHTIGE FRAGEN

Schulenburg verdient Aufmerksamkeit. Er bietet zwar nicht immer überzeugende Lösungen an, stellt aber die richtigen Fragen. Zweifellos braucht die internationale Staatengemeinschaft ein kohärentes Konzept für den Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren. Sie braucht auch weltweit akzeptierte Regeln, die festlegen, wann und wie in Bürgerkriege eingegriffen werden soll. Nötig sind auch Konzepte für State- und Nationbuilding.

Schulenburg schlägt vor, die UN-Charta zu erweitern. Ein neuer multilateraler Vertrag soll demnach zwei Dinge erreichen:

- Er soll den Nationalstaat selbst sowie die Beziehungen innerhalb des Nationalstaats internationalem Recht unterwerfen, und
- er soll der UN die Vollmacht geben, Mandate für den Eingriff in innerstaatliche Konflikte zu erteilen.

Der Autor räumt ein, dass für solch eine Reform eine ausführliche internationale Debatte nötig ist. Er betont aber, diverse relevante Prinzipien – etwa die Menschenrechte – seien bereits grundsätzlich anerkannt. Er listet grundlegende Dinge auf, die



Senegalesische Peacekeeper kurz vor Abschluss ihrer Mission in Haiti.

Nationalstaaten leisten müssten. Dazu gehören etwa innerer Frieden, verantwortliche Regierungsführung, Rechtssicherheit und soziale Inklusion. Repräsentative Demokratie nach westlichem Vorbild erfüllt diese Bedingungen, dürfe aber nicht die einzige Option sein. Traditionelle Vorstellungen von Gerechtigkeit und Inklusion müssten berücksichtigt werden. Tatsächlich äußert Schulenburg heftige Kritik an westlichen Regierungen (siehe Kasten unten).

Dass sein Konzept recht radikal ist und utopisch erscheinen mag, räumt der Autor ein. Er betont aber, es sei nicht unrealistisch, denn alle großen Mächte hätten ein gemeinsames Interesse an der Sicherung des Weltfriedens und täten deshalb gut daran, die Vorteile eines kollektiven Sicherheitssystems zu erkennen. Die Alternative ist aus Schulenburgs Sicht, „ins Chaos abzurutschen“.

Das Buch ist recht flüssig geschrieben, hätte aber gründlicheres Lektorat und Kor-

rekturlesen verdient. Es gibt zu viele Tippfehler und die Grammatik der englischen Sprache wird an manchen Stellen strapaziert.

BUCH

Von der Schulenburg, M., 2017: *On building peace. Rescuing the nation-state and saving the United Nations*. Amsterdam: University Press.

Erodierende Gewissheit

Die vom Westen dominierte Weltordnung der Ära nach dem Kalten Krieg neigt sich ihrem Ende zu, warnt der ehemalige UN-Beamte Michael von der Schulenburg. Versuche, Post-Konfliktländer mit westlichen Demokratiekonzepten zu stabilisieren, seien überwiegend gescheitert.

In seinem Buch „On building peace“ (siehe Hauptbeitrag, S. 4) erweist sich Schulenburg als scharfer Kritiker des Westens. Seiner Einschätzung nach haben vor allem – aber nicht nur – die USA versucht, der Weltgemeinschaft ihre Vorstellungen und Normen aufzudrücken. Folglich hätten die meisten multilateralen Versuche, kollabierte Nationalstaaten wieder aufzubauen, nicht die erhofften Ergebnisse gebracht. Vielfach hätten sie die Probleme sogar verschlimmert.

Libyen ist ein Beispiel, das der Autor anführt. Die NATO habe mit einem UN-Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung 2011 interveniert, aber heute sei das Land in einem schlimmeren Zustand als zuvor und stecke in einem zähen Bürgerkrieg fest. Paradoxerweise habe es früher mit das höchste

Human-development-Niveau der Region gehabt.

Schulenburg ist deutscher Staatsbürger und war ein hochrangiger UN-Beamter. Seinem Urteil zufolge hat die NATO, die in Libyen nur Luftschläge ausführte, nichts für State- und Nationbuilding getan und somit zugelassen, dass diverse Milizen Fuß fassten. Die Intervention habe die Glaubwürdigkeit des Westens in der gesamten Weltregion geschwächt und das Vertrauen in sein Demokratiemodell unterhöhlt. Schulenburg treibt obendrein um, dass die NATO das junge Schutzverantwortungsprinzip (Responsibility to Protect – R2P) der UN diskreditiert habe, weil sie das

humanitäre Mandat für Regimewechsel nutzte.

Ähnlich vernichtend beurteilt Schulenburg den Irakkrieg. Es sei bizarr, dass Truppen aus den USA und Britannien erwarteten, sie würden als Befreier gefeiert werden, als sie 2003 Diktator Saddam Hussein stürzten. Unter Irakern, die jahrelang Luftschläge der Alliierten erlitten hatten, sei der Ruf beider Länder nicht gut gewesen. Der Bevölkerung sei auch klar gewesen, dass westliche Regierungen Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran in den achtziger Jahren unterstützt hatten.

Wie der Autor weiter ausführt, war Irakern auch noch bewusst, dass London nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs am Ende des Ersten Weltkriegs sein Versprechen,

Mesopotamien die Unabhängigkeit zu gewähren, nicht gehalten hatte. Schulenburg wirft Washington und London Doppelmoral vor. Zudem hätten sie die Autorität der UN geschwächt, weil sie ohne ausdrückliches Mandat des Sicherheitsrats intervenierten.

Schulenburg folgt aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre, liberale Demokratie sei – anders als lange geglaubt – nicht die richtige Antwort auf gescheiterte Staatlichkeit, denn andernfalls wäre das Problem fragiler Staaten nicht so hartnäckig. Formale Wahlen führten Postkrisenländer meist nicht zu nationaler Eigenverantwortung, schreibt er. Sie trügen wenig zur substantziellen Politikformulierung bei, sondern liefen auf Volkszählungen hinaus, welche die Herrschaft partikularer Gruppen begründeten.

Schulenburgs Erfahrung nach ist es auch nicht hilfreich, wenn westliche Experten schnell die Verabschiedung neuer Verfassungen nach westlichem Vorbild unterstützen. Solche Grundgesetze bauten auf individuellen Rechten auf, wohingegen Krisenländer zunächst Regeln für das friedliche Miteinander verschiedener Gemeinschaften bräuchten. Nationbuilding sei immer ein langfristiges Projekt. (dem)



FRIEDENSFÖRDERUNG

Vernetzter Ansatz

Frieden, Sicherheit und Entwicklung sind laut Bundesregierung untrennbar miteinander verbunden. Mit den kürzlich verabschiedeten Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ strebt sie im Umgang mit Konflikten mehr Kohärenz zwischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik an. Der vernetzte Ansatz soll zu besseren Ergebnissen führen.

Von Monika Hellstern

Die Bundesregierung will ihre Maßnahmen zur Krisenprävention intensivieren sowie ihre Mechanismen zur Krisenfrüherkennung weiterentwickeln. Vorrang hat nun – anders als in früheren Konzepten – die Krisenprävention, die als effektiver und kostengünstiger erachtet wird als akute Krisenbewältigung. Zudem haben zivile Maßnahmen der Konfliktlösung wie etwa ziviles Peacekeeping immer Priorität. Wenn alle politischen Optionen ausgeschöpft sind, kann als letztes Mittel auch die Bundeswehr dem Völkerrecht entsprechend eingesetzt werden.

Die Richtlinien beschreiben eine Welt, die „aus den Fugen geraten“ ist. Weil sich die Konfliktdynamiken seit dem Ende des Kalten Krieges gewandelt hätten, müssten neue Ansätze entwickelt werden. Das gelte

vor allem in Blick auf fragile Staaten, wo Regierungen

- das Gewaltmonopol verloren haben,
- nicht zur Erbringung staatlicher Dienstleistungen in der Lage sind und
- von den Menschen nicht als legitim akzeptiert werden.

Zudem warnt die Bundesregierung, Nationalismus und Extremismus könnten Gewalt auslösen. Klimawandel und Naturkatastrophen werden ebenfalls als Sicherheitsrisiken gesehen, da sie die Verfügbarkeit begrenzter Ressourcen reduzieren und Vertreibung verstärken können. Die Bundesregierung will Herausforderungen langfristig durch Krisenmanagement und Friedensförderung anpacken. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten jedes Konfliktes, identifizieren die Richtlinien drei Phasen:

- latenter Konflikt,
- Gewaltkonflikt und
- Post-Konfliktsituation.

Die Übergänge seien oft fließend, aber dennoch teilt das neue Konzept jeder Phase einen strategischen Ansatz mit bestimmten Instrumenten zu. Während eines latenten Konflikts sollen Maßnahmen der Krisenprävention angewendet werden. Je nach Stand der Dinge sind mittel- und langfristiger Institutionen- und Kapazitätsaufbau gefragt.

Möglicherweise müsse die Bevölkerung vor nichtstaatlichen Gewaltakteuren geschützt werden. Ungleichheit zu reduzieren wirke vorbeugend. Folglich betonen die Richtlinien auch Beschäftigungsförderung und Privatsektorentwicklung.

Sobald ein Gewaltkonflikt ausbricht, sollen laut den Richtlinien Maßnahmen zur Konfliktbewältigung und humanitäre Hilfe geleistet werden. Dazu gehören Krisendiplomatie, Mediation und Unterstützung von Verhandlungsprozessen. Deutschland könne Delegationen helfen, Verhandlungskompetenz zu trainieren, oder Verhandlungsräume bereitstellen. Übergangshilfe in den Bereichen Ernährungssicherheit und Infrastruktur könne die Voraussetzungen für langfristige Entwicklung schaffen. Alle Maßnahmen müssten dem jeweiligen Konfliktkontext entsprechen und kontinuierlich überprüft und angepasst werden.

In Nachkriegssituationen dienen Maßnahmen der Friedenskonsolidierung dazu, das Wiederaufflammen einer Krise zu verhindern. Die Auslöser des Konfliktes und die Traumata der Menschen seien zu adressieren. Deutschland unterstützt Prozesse, die dazu dienen, Vergehen zu untersuchen, anzuerkennen und zu bestrafen. Dafür müssten Richter und andere Justizmitarbeiter geschult werden. Wichtig seien auch Reformen des Sicherheitssektors mit Zielen wie Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration von früheren Kämpfern.

Alle Maßnahmen sollen zwischen den verschiedenen Bundesministerien koordiniert werden. Die Bundesregierung will ihre Politikkohärenz verbessern. Der sogenannte „vernetzte Ansatz“ soll politische Ziele und Maßnahmen in den Bereichen Frieden, Sicherheit und Entwicklung besser verbinden. Dabei geht es nicht nur um eine verbesserte Koordination zwischen den Ministerien, sondern auch um Kooperationen mit der EU und den UN. Die Richtlinien werben zudem für eine stärkere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, religiösen Gemeinschaften, Stiftungen, Unternehmen und der Wissenschaft.



Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen besucht im Sommer 2017 deutsche Peacekeeper in Mali.

LINK

Die neuen Richtlinien der Bundesregierung:
<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/283636/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/leitlinien-krisenpraevention-konfliktbewaeltigung-friedensfoerderung-dl-data.pdf>

HUMANITÄRE HILFE

Vorsorge ist besser

Infolge des Klimawandels nehmen Extremwetterereignisse wie starke Stürme und Überschwemmungen weltweit zu. Hilfe für die Betroffenen von Naturkatastrophen kommt in der Regel im Nachhinein. Präventiv würde sie jedoch besser wirken. In Bangladesch werden entsprechende neue Konzepte erprobt.

Von Katja Dombrowski

Bangladesch ist aufgrund seiner geografischen Lage im Monsungebiet und im Mündungsdelta mehrerer großer Flüsse, seiner langen Küste und seines flachen Tieflands stark von den Folgen des Klimawandels betroffen. Im langfristigen Klimarisiko-Index der Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch, der die vergangenen 20 Jahre abbildet, steht das Land auf Rang sechs. In diesem Sommer haben beispielsweise Monsunregen, die deutlich stärker waren als in der Region üblich, die Ernte von 1,5 Millionen Bauern zerstört – und damit ihre Lebensgrundlage.

„Die Folgen des Klimawandels gehören zu den größten Hemmnissen von Entwicklung“, betont Rashedujaman Rashed vom bangladeschischen Außenministerium. Die Situation in seinem Land sei auch deshalb so gravierend, weil es extrem dicht besiedelt ist. Die Regierung gehe das Problem mit mehreren Initiativen an und habe beispielsweise 400 Millionen Dollar eigenes Geld für die Bewältigung von interner Vertreibung aufgrund von Klimawandel und Katastrophen bereitgestellt. Aber: „Wir brauchen auch internationale Unterstützung“, sagte Rashed auf einer Veranstaltung bei der Weltklimakonferenz im November in Bonn. Allein könne Bangladesch es nicht schaffen.

Deshalb und aufgrund seiner hohen Verwundbarkeit gehört Bangladesch zu den Pilotländern, in denen das Deutsche Rote Kreuz (DRK) ein neues Konzept der Nothilfe erprobt. Bisher war der Ablauf in der Regel so: Eine Naturkatastrophe tritt ein, Menschen geraten dadurch in eine Notlage, ihr Hilfebedarf wird ermittelt. Dann rufen

humanitäre Organisationen international zu Spenden auf. Von dem Geld werden Nahrungsmittel, Medikamente und andere Hilfsgüter gekauft und an die Betroffenen verteilt.

Der neue Ansatz zielt darauf ab, Hilfe zu leisten, bevor eine Katastrophe eintritt. Dazu werden Prognosen wie Wettervorhersagen und satellitendatengestützte Berechnungen genutzt. Laut Stefanie Lux vom DRK sind diese mittlerweile so exakt, dass ziemlich genau berechnet werden kann, wo etwa ein Tropensturm auf Land trifft und wie viele Menschen von seinen Folgen betroffen sein werden. Die Prognosen wirken zusammen mit dem berechneten Risiko als Trigger, der die Auszahlung von Geld auslöst.

Die im Juli dieses Jahres gemachten Erfahrungen sind vielversprechend. Vor den großen Überschwemmungen, die Teile von Bangladesch getroffen haben, verteilte das DRK Bargeld in Höhe von je 55 Euro an 1039 Haushalte. Das entspreche etwa einem monatlichen Durchschnittseinkommen. „Davon konnten die Menschen Nahrungsmittel für sich selbst und Futter für die Tiere kaufen“, berichtet Lux. Zudem konnten die Betroffenen sich selbst und ihr Vieh in Sicherheit bringen.

Eine Analyse nach den Überschwemmungen hat Lux zufolge ergeben, dass deutlich weniger Menschen als bei einer derartigen Naturkatastrophe üblich gezwungen waren, Kühe oder andere Vermögenswerte zu verkaufen. „Vor allem sehr Arme, die keinerlei Rücklagen haben, müssen sonst häufig etwas zu Bargeld machen, um sich auf Überschwemmungen vorzubereiten“, erklärt Lux. In Notsituationen sanken die Preise, was die Menschen weiter benachteiligte. Nach der Katastrophe könnten sie das, was nun fehle, oft nicht zurückkaufen, rutschten also noch weiter in Armut ab.

Der neue Ansatz setzt ein ganz neues Finanzierungskonzept von Nothilfe voraus. Ziel ist der Aufbau eines antizipativen Systems, das die heutige Spendenpraxis auf den Kopf stellen würde. Laut Lux besteht darin bisher die größte Hürde.

NEUER BMZ-FONDS

Ein weiterer – ebenfalls vorbeugender – Beitrag, mit den Folgen des Klimawandels fertigzuwerden, sind Klimarisikoversicherungen. Vera Scholz, Leiterin der Abtei-



Bei den diesjährigen Überschwemmungen in Bangladesch hat das Deutsche Rote Kreuz vorab Bargeld an Betroffene verteilt, damit sie sich und ihr Vieh retten konnten.

lung Klima, Umwelt und Infrastruktur der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) hält sie für ein „sehr wichtiges, kosteneffizientes und verlässliches“ Instrument, um Leben und Lebensgrundlagen zu retten. Die KfW bietet eine derartige Versicherung in Bangladesch an, finanziert wird sie aus einem neuen Fonds des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Im Fall einer Naturkatastrophe sollen aus dem Versicherungsgeld etwa Nahrungsmittel und Medikamente bezahlt oder Notunterkünfte und Schulen gebaut wer-

den. Weltweit sind derzeit laut Scholz erst 150 Millionen Menschen auf diese Weise abgesichert. Das BMZ will 500 Millionen Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern bis 2020 erreichen. Das Ziel sind nicht allein Versicherungsprodukte für Staaten; auch Städte, Unternehmen, Dorfgemeinschaften oder einzelne Haushalte sollen sich versichern können.

Häufig zwingen Extremwetterereignisse Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Gute Vorbereitung kann dazu beitragen, das zu verhindern. Walter Kälin von der Plattform on Disaster Displacement (PDD)

hält die Unterstützung von Menschen dahingehend, dass sie nicht fliehen müssen, für besonders wichtig. PDD ist die Nachfolge-Organisation der Nansen-Initiative, deren Ziel der Schutz von Menschen ist, die von Naturkatastrophen vertrieben werden (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/04, S. 26). In Bangladesch sind das jedes Jahr Hunderttausende. Wenn das Risiko jedoch zu hoch sei, sei es „besser, Menschen zu evakuieren, bevor sie zu Opfern werden“, betont Kälin. Eine geplante Umsiedlung sei besser als eine überstürzte Flucht. Auch dafür ist der vorausschauende Hilfsansatz gut.

TEXTILINDUSTRIE

Nachhaltigkeit in weiter Ferne

Der ökologische Fußabdruck der globalen Textilindustrie ist riesig, und die Branche verzeichnet enorme Wachstumszahlen. Experten halten eine grundlegende Transformation der gesamten Wertschöpfungskette hin zu Nachhaltigkeit für geboten. Bisher gehen aber nur wenige Modefirmen diesen Weg.

Von Katja Dombrowski

Laut dem Bericht Pulse of the fashion industry von The Boston Consulting Group (BCG) und Global Fashion Agenda ist die Branche für einen Kohlendioxidausstoß von 1,7 Milliarden Tonnen pro Jahr verantwortlich. Hinzu kommen ein immenser Wasserverbrauch, unter anderem für den Anbau von Baumwolle, und starke Verschmutzung durch den Einsatz schädlicher Chemikalien. Dem Bericht zufolge produziert die Bekleidungsindustrie jährlich 2,1 Milliarden Tonnen Abfall.

Nachhaltigkeit liegt in weiter Ferne (siehe unser Online-Dossier zur Textilindustrie). Und das Problem wird sich noch verschärfen, da die Branche stark wächst. Nicht nur die Weltbevölkerung nimmt zu, sondern auch die Mittelschichten und damit die Kunden der Modehersteller. Dem im September erschienenen WWF-Bericht Changing Fashion zufolge hat sich der weltweite Konsum von Kleidung zwischen 2000

und 2014 verdoppelt. Im Durchschnitt kauft jeder Mensch fünf Kilogramm Kleidung pro Jahr, in Europa und den USA sogar 16. Experten prognostizieren einen Anstieg von 62 Millionen Tonnen im Jahr 2015 auf 102 Millionen Tonnen im Jahr 2030. Gleichzeitig werden die Ressourcen knapper, und die BDG geht von sinkenden Profiten wegen

steigender Material-, Arbeits- und Energiekosten für die Branche aus.

Die Autoren beider Studien sind sich einig, dass eine radikale Transformation nötig ist, wenn die Branche ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit erreichen will. Die WWF-Autoren halten Innovationen auf drei Ebenen für geboten:

- die Geschäftsmodelle der Modefirmen müssten sich in Richtung der Grundsätze Reduzieren, Reparieren, Teilen, Wiedernutzen und Recyceln entwickeln,
- neue Produkte müssten entwickelt werden, etwa mit recycelten und nachhaltigen Materialien, und



Filippa-K-Modenschau in Berlin. Das schwedische Label setzt auf Nachhaltigkeit.

- Prozesse müssten innovativer und erneuerbare Energien genutzt werden.

Die Studie enthält auch ein Nachhaltigkeitsranking von 12 großen Modefirmen. Am besten schneidet darin H&M ab, das sich selbst eine weltweite Führungsrolle in Sachen Energieeffizienz zum Ziel gesetzt hat. Vanessa Rothschild, die bei dem schwedischen Konzern für globale Nachhaltigkeit zuständig ist, sagte auf der Weltklimakonferenz im November in Bonn, H&M wolle bis 2030 über seine gesamte Wertschöpfungskette hinweg klimaneutral und bis 2040 klimapositiv sein. Bis 2025 soll jedes Produkt mit 30 Prozent weniger Treibhausgasen hergestellt werden und 2030 nur noch recycelte oder andere nachhaltige Materialien zum Einsatz kommen. Zu den Innovationen, an denen das Unternehmen arbeite, gehörten Materialien, die CO₂ absorbieren, und das Recycling von Mischgeweben. „Da gab es kürzlich einen Durchbruch“, sagte Rothschild.

Elin Larsson, Nachhaltigkeitsmanagerin der schwedischen Modefirma Filippa K, hat sich einen geschlossenen Kreislauf zum Ziel gesetzt. Erreicht werden soll er durch die Grundsätze Reduzieren, Reparieren, Wiederverwerten und Recyceln. Da nicht nur die Produktion, sondern auch die Verbraucher für große Ressourcenverschwendung verantwortlich seien, unterstütze Filippa K seine Kunden in dieser Richtung. Die Kette biete beispielsweise einen Leih- und Reparaturservice an und betreibe einen Second-Hand-Laden in Stockholm, in den gebrauchte Filippa-K-Kleidungsstücke zurückgebracht werden könnten. Hundertprozentiges Recycling könne bisher nur für manche Produkte garantiert werden, so Larsson. Um generell zu weniger Kleidungskonsum anzuregen, gebe es die Kampagne „7 Pieces Is All You Need“ („Man braucht nur 7 Teile“).

Die beiden schwedischen Unternehmen sind Vorzeigebispiele. Die Autoren des BDG-Berichts weisen jedoch darauf hin,

dass sich bisher nur wenige Modefirmen Nachhaltigkeit zum Ziel gesetzt hätten. Mehr als die Hälfte des Marktes bestehe aus Unternehmen, die gar keine Anstrengungen unternähmen. Das seien vor allem kleine und mittlere Betriebe. Und selbst wenn die gesamte Branche den Vorreitern nacheifere, würde das den Autoren zufolge nicht reichen. Nötig seien Ansätze, die über die heute bereits praktizierten hinausgehen.

LINKS

WWF Schweiz, 2017: Changing fashion. The clothing and textile industry at the brink of radical transformation.

https://www.wwf.ch/sites/default/files/doc-2017-09/2017-09-WWF-Report-Changing_fashion_2017_EN.pdf

The Boston Consulting Group und Global Fashion Agenda, 2017: Pulse of the fashion industry.

https://www.copenhagenfashionsummit.com/wp-content/uploads/2017/05/Pulse-of-the-Fashion-Industry_2017.pdf



Besuchen Sie unsere Website unter www.EundZ.eu



EU

Migrationsverhinderungspolitik

Die europäischen Staaten versuchen, die Migration aus Afrika mit vielen Maßnahmen zu begrenzen. Dies kritisieren afrikanische Länder wie Uganda, das selbst einen großen Teil der weltweiten Flüchtlinge aufnimmt, wie Simone Schlindwein und Christian Jakob in einem gerade erschienenen Buch beschreiben.

Von Linda Engel

Anders als Medienberichte vermuten lassen, spiele die Migration von Afrika nach Europa zahlenmäßig eine nur untergeordnete Rolle, betonen die Autoren. 2016 waren es gerade einmal 181 000 Afrikaner, die den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa wagten. Doch seit der sogenannten europäischen Flüchtlingskrise 2015 schürten europäische Politiker die Angst, dass diese Zahl in den nächsten Jahren und Jahrzehnten rasant steigen könnte. Die Journalisten Schlindwein und Jakob kritisieren die derzeitige Afrikapolitik der europäischen Länder scharf.

Laut den Autoren versuchen die Europäer und vor allem auch Deutschland fast 50 Jahre nach Aufgabe der letzten afrikanischen Kolonien, den Kontinent immer noch nach eigenen Interessen zu gestalten. Ziel sei eine sogenannte „Migrationsverhinderungspolitik“, die die EU mit fragwürdigen Mitteln und oft unter dem

Deckmantel der Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen versuche. Hierfür würde die EU sowohl mit autoritären Regimen wie in Eritrea oder im Sudan zusammenarbeiten als auch auf immer mehr Grenzsicherungen zwischen den einzelnen afrikanischen Staaten drängen, um Migranten am Weiterkommen Richtung Mittelmeer zu hindern.

Am Beispiel von Westafrika beschreiben Schlindwein und Jakob, wie in den vergangenen Jahren mit Unterstützung der EU immer modernere Grenzposten zwischen den einzelnen Ländern entstanden sind, die das Reisen innerhalb Afrikas erschweren. Die afrikanischen Staaten kooperierten mit der EU entweder aus wirtschaftlicher Abhängigkeit oder weil auch in der afrikanischen Bevölkerung die Angst vor Terrorismus und damit die Forderungen nach mehr Sicherheit und besser bewachten Grenzen zunähmen.

Dabei sei Migration in Afrika kein neues Phänomen, versichern die Journalisten. Unterschiedlichste Gründe von purer Abenteuerlust bis zu großer Not bewegten Menschen seit jeher dazu, ihre Heimat zeitweise oder für immer zu verlassen, um anderswo zu leben oder zu arbeiten. Meist versuchten die Menschen ihr Glück in Nachbarländern. So zögen in Afrika derzeit die meisten Menschen von Burkina Faso in die benachbarte Elfen-

beinküste. Die Autoren informieren, dass die Afrikanische Union bis 2018 eine Visafreiheit innerhalb Afrikas plane. Gerade aufgrund der langen Migrationstradition hätten die wenigsten afrikanischen Staatschefs für die „Festung Europa“ Verständnis. Trotz aller wirtschaftlicher Abhängigkeit gäbe es für die afrikanischen Staaten auch „rote Linien“, wie Schlindwein und Jakob zeigen.

Eine Maßnahme, die bisher alle afrikanischen Staaten ablehnten, sind die sogenannten EU-Laissez-Passers. Die EU möchte diese Papiere ersatzweise ausstellen, wenn Menschen keinen gültigen Pass bei sich tragen. Dies würde der EU viele Abschiebungen erleichtern, die ohne einen Pass nicht möglich sind. Für die afrikanischen Länder wäre dies aber ein Eingriff in ihre staatliche Souveränität.

Auch Rücknahmeabkommen mit der EU sehen laut den Autoren viele Länder kritisch. Bislang habe solch ein Abkommen außer Kap Verde noch kein Staat im südlichen Afrika unterzeichnet. Rücknahmeabkommen sollen sicherstellen, dass abgelehnte Asylbewerber unkompliziert in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden können. Die Afrikaner hingegen fordern Schlindwein und Jakob zufolge Visaerleichterungen, sodass zumindest einige wenige Arbeitsmigranten legal nach Europa einreisen dürften. Darauf lässt sich die EU bislang nicht ein.

Als positives Beispiel nennen die Autoren Uganda, das sich weigert, seine Grenzen für Flüchtlinge zu schließen. Das ostafrikanische Land beherbergt mittlerweile das größte Flüchtlingslager der Welt und gewährt 1,3 Millionen Flüchtlingen Schutz. Viele Mitglieder der jetzigen Führungselite, darunter auch Präsident Yoweri Museveni, sind selbst in Flüchtlingslagern groß geworden. Museveni kritisiere die Flüchtlingspolitik der EU und zeige sich als Integrationsvorreiter: In Uganda können sich Flüchtlinge dauerhaft niederlassen und sofort einer Arbeit nachgehen.

BUCH

Jakob, C., und Schlindwein, S., 2017: Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert. Berlin, Ch. Links Verlag. (nur Deutsch)

LINK

Taz-Projekt: Migrationskontrolle:
<https://migration-control.taz.de/#de>



Erute-Flüchtlingscamp in Lira, Uganda. Die Zelte wurden vom Roten Kreuz Uganda gespendet.

Politische Dynastie

Togo wird von heftigen politischen Unruhen erschüttert. Tausende Menschen folgen dem Aufruf der Opposition und demonstrieren für einen demokratischen Wandel in ihrem Land. Weder Todesfälle noch Tränengas halten sie auf.

Die Demonstranten in Togo fordern, zur Verfassung von 1992 zurückzukehren, die die Amtszeiten des Präsidenten auf zwei begrenzte. 2002 wurde die Verfassung geändert, um dem damaligen Präsidenten Gnassingbé Eyadéma, dem Vater des aktuellen Staatschefs, eine dritte Amtszeit zu ermöglichen. Die derzeitige Regierung hatte im Wahlkampf 2015 institutionelle Reformen versprochen, diese aber nicht umgesetzt. Togo und Kamerun sind die einzigen Länder der Region, die ihren Präsidenten eine unbegrenzte Zahl von Amtszeiten erlauben.

Gnassingbé Eyadéma kam im April 1967 nach einem blutigen Putsch an die Macht und regierte das Land 38 Jahre lang mit harter Hand. Als er 2005 starb, war er der dienstälteste Staatsoberhaupt Afrikas. Im April 2005 gewann sein Sohn Faure Gnassingbé die Präsidentschaftswahlen. Die Opposition hielt sie für

gefälscht. In der Folge kam es zu Straßenschlachten, die UN-Schätzungen zufolge 400 bis 500 Menschenleben kosteten. Am 25. April 2015 wurde Faure Gnassingbé für eine dritte fünfjährige Amtszeit wiedergewählt.

In Togo gibt es zwei große ethnische Gruppen. Im Norden des Landes dominieren die Kabyé und im Süden die Ewé. Gnassingbé Eyadéma sorgte mit Hilfe der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich dafür, dass die Kabyé, zu denen er selbst gehört, stets die oberen Ränge in Armee, Polizei und Regierung besetzten – obwohl sie nur etwa 12 Prozent der Bevölkerung ausmachen, während die Ewé mit rund 40 Prozent die wesentlich größere Gruppe sind. Je länger Eyadéma regierte, umso mehr Konflikte provozierte er zwischen den beiden Gruppen, um seine Macht zu sichern.

Heute nehmen tausende Menschen beider Ethnien an den Anti-Gnassingbé-Kundgebungen in der Hauptstadt Lomé und vielen weiteren Städten des Landes teil. „Es gibt einen wachsenden Druck von den Bürgern, die endlose Herrschaft der Gnassingbé-Familiendynastie zu beenden“, sagt der Bürgerrechtler Pedro Francis Amouzou, Sprecher der Gruppe „Collective Sauvons le Togo“ (Kollektiv Lasst uns Togo retten). Aufgrund des öffentlichen Drucks brachte die Regierung einen Vorschlag für eine Verfassungsreform ins Parlament ein.

Mehrere Menschen wurden bei den Demonstrationen getötet. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben die Gewalt der Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstranten verurteilt. Behörden haben den Presseausweis des TV5-Journalisten Emmanuelle Sodji eingezogen, weil er angeblich einseitig über die Krise berichtet hatte, und das Internet wird jedes Mal abgeschaltet, wenn es eine Kundgebung gibt. Die Menschenrechtsaktivistin Farida Nabourema sieht Togo „an einem Wendepunkt“.



IBRAHIM OREDOLA
FALOLA ist Journalist und lebt in Lomé, Togo.

ibfall2007@yahoo.co.uk

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
58. Jg. 2017
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistentin)
Tel. (0 69) 75 01-43 66
Fax (0 69) 75 01-48 55
euz.editor@fazit-communication.de

Art direction: Sebastian Schöpsdau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



HUNGERSNOT

Politische Lösungen nötig

Hilfsorganisationen helfen, Menschenleben zu retten. Die Welthungerhilfe hat allein für die Hilfe der Dürre- und Kriegsoffer in Ostafrika in diesem Jahr 9 Millionen Euro Spenden erhalten. Doch die Ursachen der Not, allen voran bewaffnete Konflikte, können sie nicht beheben. Die internationale Gemeinschaft ist aufgefordert, tragfähige politische Lösungen zu finden.

Von Till Wahnbaeck

Die gute Nachricht zuerst: Wir haben eine riesige Hungersnot verhindert. Es ist gelungen, den Tod von tausenden Menschen abzuwenden. Zu Beginn dieses Jahres gab es die ersten Warnungen der UN und Hilfs-

den – führten überall dazu, dass Familien ihre Häuser und Dörfer verlassen mussten, Felder nicht mehr bebaut und Krankenstationen zerstört wurden. Diese Katastrophen spielten sich nicht im Verborgenen ab; wir wussten seit Monaten, welche humanitären Notlagen drohten. Dank zuverlässiger Frühwarnsysteme konnte die Zahl der Betroffenen berechnet und die bedrohten Regionen in den Ländern konkret benannt werden.

In Deutschland wurden diese Warnungen ernst genommen, und die Medien berichteten monatelang ausführlich über die verzweifelte Lage der Menschen. Sowohl Tageszeitungen als auch viele Magazine brachten lange Reportagen aus den betrof-

die notleidenden Menschen in Afrika und dem Jemen bat.

Diese breite Berichterstattung hat der Arbeit der Hilfsorganisationen insgesamt sehr geholfen. Allein die Welthungerhilfe hat mehr als 9 Millionen Euro Spenden erhalten und mit diesem Geld Menschenleben gerettet. Im Südsudan verteilen wir seit Monaten Nahrungsmittel an mehr als 200 000 Menschen, die vor den Kämpfen im eigenen Land geflohen sind. Auch im Norden Ugandas helfen wir Flüchtlingen aus dem Südsudan mit Trinkwasser und dem Bau von Latrinen und Klassenräumen. Im Norden Somalias und dem Jemen leisten wir akute Nothilfe, oft mit Hilfe von Partnern. All diese Hilfsprojekte sichern das Überleben der Betroffenen und wären ohne die privaten Spenden und die Unterstützung der Bundesregierung oder anderer internationaler Geber nicht möglich.

Wir sind also nicht macht- und hilflos, wenn es um humanitäre Notlagen geht. Es ist ein gutes Zeichen, dass eine fundierte und kontinuierliche Berichterstattung in den Medien die Menschen in Deutschland nicht nur für das Leid anderer sensibilisiert, sondern auch die Bereitschaft zu helfen weckt.

Aber wir können leider keine Entwarnung geben, denn der Auslöser der drohenden Hungerkrise ist nicht beseitigt. Die Kämpfe im Südsudan, in Nigeria und dem Jemen gehen weiter, und die Lage in Somalia bleibt fragil. Für diese Probleme braucht es tragfeste politische Lösungen. Hier ist die internationale Staatengemeinschaft gefordert.

Zudem ist die Region am Horn von Afrika von einer anhaltenden Dürre betroffen. In Kenia und Äthiopien sind die Regenfälle seit fast drei Jahren ausgefallen oder waren so unzureichend, dass die Nomaden große Teile ihres Viehs verloren haben. Der Klimawandel trägt dazu bei, dass die Ernteprognosen immer unsicherer werden und traditionelle Einkommens- und Lebensmodelle wie die der Nomaden wenig Zukunft haben. Insgesamt bleibt die Ernährungslage für mehr als 20 Millionen Menschen sehr kritisch.



Nahrungsmittelverteilung der Welthungerhilfe in Somaliland im April: Für je eine Familie werden Öl, Milchpulver, Reis und Datteln bereitgestellt.

organisationen, dass besonders in vier Ländern eine Hungersnot drohte. Im Jemen, dem Südsudan, Nigeria und Somalia hatte sich die Ernährungslage dramatisch verschlechtert. Etwa 20 Millionen Menschen waren akut von Hunger bedroht.

In allen Ländern waren bewaffnete Konflikte einer der wichtigsten Gründe für die rasante Zuspitzung der Lage. Die Kämpfe – ob zwischen Regierungstruppen und der Opposition oder marodierenden Ban-

nen Ländern, und auch das Fernsehen zeigte eindruckliche Bilder etwa aus dem Südsudan oder dem Jemen. Das Hamburger Abendblatt erschien am 13. Juni sogar mit einer Sondertitelseite zu der humanitären Katastrophe mit der Schlagzeile „Manchmal gibt es Wichtigeres als Nachrichten“. Ebenso außergewöhnlich war der Fernsehauftritt von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der sich am 9. Juni an die deutsche Öffentlichkeit wandte und um Spenden für



TILL WAHNBÆCK ist
Vorstandsvorsitzender der
Welthungerhilfe.
till.wahnbaeck@
welthungerhilfe.de

WELTKLIMA

Raus aus der Kohle

Kohleausstieg ist das Gebot der Stunde – und zwar schnell. Sonst sind die Ziele des Pariser Vertrags nicht mehr zu halten. Darüber waren sich die Wissenschaftler auf der Weltklimakonferenz im November in Bonn (COP 23) einig.

Von Katja Dombrowski

In Bonn haben die Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention an Regeln zur Umsetzung des 2015 geschlossenen Abkommens gearbeitet, das 2020 in Kraft tritt. Das Regelwerk soll im Dezember 2018 im polnischen Kattowitz verabschiedet werden. Die COP 24 wird einen besonderen Fokus auf die Anstrengungen bis 2020 legen. Bis dahin stehen vor allem die Industrieländer in der Verantwortung.

Ermutigend sind die zahlreichen positiven Entwicklungen. Die Stromspeicher werden besser, die Netze smarter. Das Zusammenspiel verschiedener erneuerbarer Energien wie Wind- oder Sonnenkraft mit Pumpspeichern verspricht Versorgungssicherheit, und eine ganze Reihe von Ländern

nähert sich der hundertprozentigen Versorgung mit Ökostrom an.

Sich – wie bisher – hauptsächlich auf die Stromerzeugung zu konzentrieren reicht allerdings nicht aus: Strom macht nur 20 Prozent des weltweiten Endenergieverbrauchs aus, wenn auch mit stark wachsender Tendenz. Transport liegt bei 37 Prozent und Wärme bei 43 Prozent. Das Ziel lautet daher: Dekarbonisierung der Weltwirtschaft.

Und dafür, auch das wurde auf der COP 23 deutlich, drängt die Zeit. Pilotprojekte sind schön und gut, Überzeugungsarbeit, Capacity-Building und breite Partizipation wichtig. Die Frage ist nur, ob wir warten können, bis all die guten Ideen umgesetzt sind und Wirkung zeigen. Schon 2030 werden rund 600 der 800 Gigatonnen Kohlendioxid (CO₂) verbraucht sein, die die Menschheit maximal noch in die Luft blasen darf, wenn sie die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad begrenzen will. Es sei denn, eine grundlegende Wende tritt ein. 100 Prozent grüner Strom in Island und Costa Rica, effizientere Kohlekraftwerke in

China und ein paar Elektroautos mehr in Europa reichen jedenfalls nicht aus.

Viele Unternehmen haben das erkannt, viele Politiker noch nicht. In den USA führen Unternehmen von Walmart bis Google den Kampf gegen den Klimawandel an, seit im Weißen Haus ein Leugner und Bremser sitzt. Die Initiative heißt „We are still in“ (im Paris-Vertrag, aus dem Präsident Donald Trump ausgestiegen ist), und sie repräsentiert 6,2 Trillionen Dollar der US-Wirtschaft. In Deutschland fordern mehr als 50 Firmen von Adidas bis Siemens von der zukünftigen Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz und den Ausstieg aus der Kohleverstromung. Der bisherige Kurs in Berlin hat dazu geführt, dass das einstige Vorreiterland Deutschland seine Klimaziele verfehlt.

Doch ohne die Politik geht es nicht. Steuerungsmechanismen und Subventionen sind unerlässlich, denn wir können nicht darauf warten, dass der Markt die große Transformation der Wirtschaft von allein regelt. Sie wird nicht mehr viel nutzen, wenn bis dahin die Polkappen abgeschmolzen sind. Ein guter Anfang wäre gemacht, wenn weltweit jegliche Subventionen fossiler Brennstoffe gestrichen würden. Auch ein – möglichst globaler – CO₂-Preis, der die Kohlenutzung unattraktiv machen würde, hätte enorme Wirkung.

Dass Deutschland weiterhin Braunkohle abbaut und Flugbenzin von der Steuer befreit, dass die EU-Länder sich nicht auf einen ambitionierten Ausbau erneuerbarer Energien einigen können und dass multilaterale Finanzinstitutionen wie die Weltbank den Ausbau der Kohlekraft in Entwicklungsländern unterstützen, entbehrt jeder Vernunft. Ganz zu schweigen von den Signalen, die aus China kommen: Der weltgrößte Emittent von Treibhausgasen ist zwar Vorreiter bei grünem Strom, baut aber auch viele neue Kohlekraftwerke und will seine neue, effiziente Technologie am liebsten nach ganz Asien exportieren. Das ist kein Ausstieg, sondern Greenwashing. Damit ist dem Klima – und uns Menschen – nicht geholfen.



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von
**E+Z Entwicklung und
Zusammenarbeit /
D+C Development and**

Cooperation.

euz.editor@fazit-communication.de



China setzt nach wie vor auf Kohle zur Stromerzeugung. Kohlekraftwerk in Tongren in der südwestlichen Provinz Guizhou.

MUHAMMAD BIN SALMAN

Der saudische Putin?

Der junge Kronprinz Saudi-Arabiens lässt einflussreiche Prinzen, Geschäftsleute und Medienmogule verhaften und will damit seine Macht konsolidieren. Ein riskantes Vorgehen.

Von Sebastian Sons

Was derzeit in Saudi-Arabien geschieht, ist ein politisches Erdbeben. In der Nacht zum 5. November ließ der saudische Thronfolger und Königssohn Muhammad bin Salman in einer umfassenden Verhaftungswelle elf hochrangige Prinzen, vier Minister, schwerkreiche Geschäftsleute sowie drei einflussreiche Medienmogule festnehmen.

Dieses Vorgehen hat weitreichende Auswirkungen auf das Land. Drahtzieher der „Säuberungsaktion“ ist der junge Kronprinz Muhammad bin Salman, genannt MbS. Er ist seit der Machtübernahme seines Vaters Salman im Januar 2015 der Hans-Dampf-in-allen-Gassen: Als amtierender Verteidigungsminister verantwortet er den desaströsen Krieg im Jemen und das ambitionierte innenpolitische Wirtschaftsreformprogramm „Vision 2030“. Seit Kurzem ist er auch noch Leiter einer neu eingerichteten Anti-Korruptions-Behörde, die die aktuellen Verhaftungen anordnete. Den Festgenommenen wird vorgeworfen, der saudischen Nation geschadet zu haben, da sie Gelder veruntreut hätten und „schwache Seelen“ seien.

MbS präsentiert sich als knallharter Reformier und Korruptionsbekämpfer. Bislang galten Mitglieder des Königshauses und andere Günstlinge aber als immun. Damit ist es nun vorbei: MbS räumt auf. Dafür wird er vor allem von der jungen Generation in Saudi-Arabien gefeiert. Viele junge Saudis sind es leid, dass die oberen Zehntausend Millionen verprassen und sie ihrer beruflichen Aufstiegschancen berauben. MbS macht sich dieses Frustrationspotenzial clever zunutze, indem er die Message verbreitet: Niemand steht über dem Gesetz, niemand ist vor mir sicher. Denn ich bin das Gesetz.

Dabei ist der Kampf gegen Korruption nur ein Vorwand. Das Hauptziel des Thron-

folgers ist, seine Macht als künftiger König zu konsolidieren. Im Gegensatz zu seinem Vater und seinen Vorgängern, die erst in einem deutlich reiferen Alter so viel Macht übernahmen, verfügt der 32-Jährige noch nicht über den Respekt des Alters. Stattdessen muss er liefern; die Öffentlichkeit davon überzeugen, dass er der Richtige ist, das Land in einer schwierigen Phase anführen zu können.

Krisen gibt es genug: Die Wirtschaft lahm und außenpolitisch steckt das Königreich in dem Konflikt mit dem Erzrivalen Iran fest. Neben dem Jemen hat Saudi-Arabien auch noch den Libanon in den Konflikt hineingezogen, der nun im Chaos zu versin-

er sich als aufgeschlossener Herrscher der Jugend, der ein neues, modernes Saudi-Arabien schaffen will. So ließ MbS verkünden, dass Frauen ab Sommer 2018 Auto fahren dürfen und Kinos eingeführt werden sollen. Sein Credo: Wirtschaftliche Reformen und gesellschaftliche Liberalisierung sind zwar ein notwendiges Ziel, doch oberste Priorität hat die Stabilität seiner Herrschaft.

Allerdings ist sein Machtspiel riskant: Bislang beruhte die saudische Politik auf einem ausgeklügelten System des Kompromisses. Innerhalb der Königsfamilie wurden Prinzen mit Posten versorgt, um sie gefügig zu machen. Einflussreiche Geschäftsleute erhielten Staatsaufträge, was ihre Loyalität zum König stärkte. Es war ein System des Gebens und Nehmens. MbS bricht nun mit dieser stillschweigenden Übereinkunft und stellt sich an die Spitze einer moralischen Anti-Establishment-Bewegung, zu der er selbst gehört. Der mittlerweile in seiner Heimat in Ungnade gefallene saudische Jour-



Der junge saudische Thronfolger Muhammad bin Salman will seine Macht festigen.

ken droht. Gerüchten zufolge soll der libanesischer Premierminister Saad Hariri auf Initiative von MbS zum Rücktritt gezwungen und in Saudi-Arabien festgehalten worden sein. Hariri verneint dies. Der Grund könnte aber sein, dass die mit dem Iran verbündete schiitische Hizbollah-Miliz Teil der Hariri-Regierung war. MbS heizt die Dämonisierung des Irans an, muss aber irgendwie einen Ausweg aus dem Konflikt finden.

Innenpolitisch ist sein Lösungsansatz eine Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie: Einerseits geht er kompromisslos gegen mögliche Gegner vor. Andererseits präsentiert

nalist Jamal Khashoggi nennt MbS demnach auch den „saudischen Putin“, der eine Ein-Mann-Herrschaft installieren will. Zwar war Saudi-Arabien schon immer eine absolute Monarchie, doch Entscheidungen wurden im Kreis der Familie getroffen. Dass nun MbS allein entscheiden will, rüttelt an den Säulen der saudischen Familientradition.



SEBASTIAN SONS ist Saudi-Arabien-Experte bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).
sons@af.dgap.org

MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN

Nukleare Obsession

Je mehr Nordkorea isoliert ist, desto attraktiver scheinen dem despotischen Führer Atomwaffen. Die Abwärtsspirale wird schwer zu stoppen sein.

Von Maysam Behravesh

Nordkorea wurde de facto 2006 ein Nuklearstaat. Es hat seitdem nicht weniger als fünf Atomtests durchgeführt – den jüngsten im September 2017. Dabei ließ das Regime nordkoreanischen Staatsmedien zufolge erstmals eine Wasserstoffbombe zünden.

Die Explosion hatte geschätzt eine Sprengkraft von 250 Kilotonnen und war damit so groß wie keine zuvor. Gewöhnlich haben Atombomben eine Sprengkraft von

Es ist ziemlich offensichtlich, dass Nordkoreas obsessive Bemühungen in den vergangenen Jahren, die USA mit Raketen erreichen zu können, aus Angst heraus geschehen. Diktator Kim Jong-un möchte damit verhindern, dass sein Land von den USA oder seinen Alliierten angegriffen wird. Internationale Beobachter sind sich einig, dass Nordkorea auf die abschreckende Wirkung von Atomwaffen und Langstreckenraketen setzt.

Die Schicksale der ehemaligen Diktatoren Saddam Hussein im Irak und Muammar Gaddafi in Libyen sind sicher nicht an Kim Jong-un vorbeigegangen. Beide Herrscher waren Widersacher der USA und haben nicht gezögert, internationale Normen zu verletzen. Beide wurden elimi-

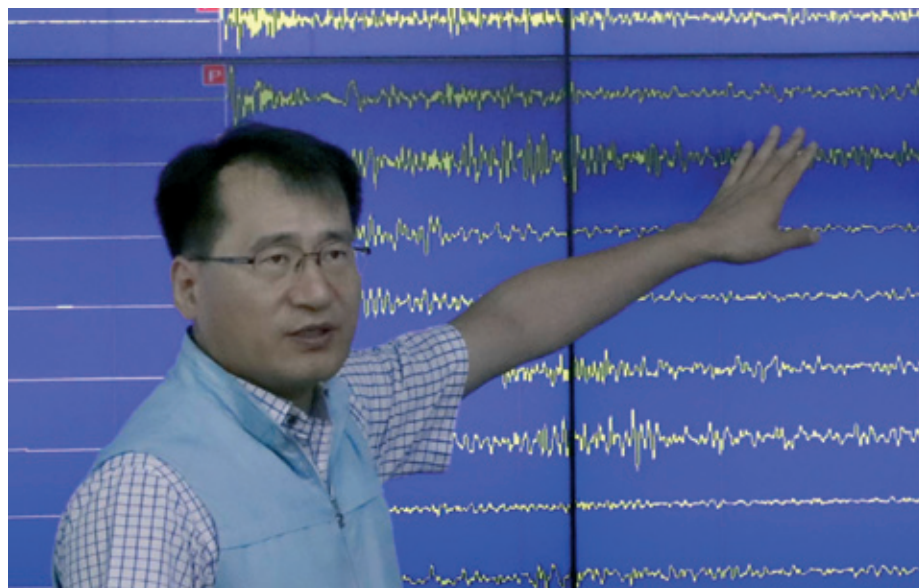
Annexion der Krim 2014 deshalb davon gekommen, weil es ein massives Arsenal an Atomwaffen hat. Nach internationalem Recht ist die Krim Teil der Ukraine.

Für Nordkorea hat das Nuklearprogramm aber noch einen anderen Zweck: Das Land steht am Rand der internationalen Gemeinschaft, weil es einen abschottenden Kommunismus praktiziert und die Ideologie der Selbstversorgung glorifiziert. Es hat keine Verbündete und Freunde. Viele westliche Länder und ihre asiatischen Alliierten bezeichnen Pjöngjang als Schurkenstaat.

In diesem Kontext impliziert der Besitz schlagkräftiger Atomwaffen die Mitgliedschaft in einem Eliteclub von Nuklearstaaten, und das soll offenbar die aus Nordkoreas Isolation herrührenden Identitätsprobleme des Landes kompensieren. Die Führung Nordkoreas scheint zu glauben, dass ihr Atomwaffen die Anerkennung und den Status verleihen, die ihr sonst fehlen.

Das ist umso wichtiger, da Nordkorea einigen harten internationalen Sanktionen unterliegt, die der UN-Sicherheitsrat (United Nations Security Council – UNSC) dem Land auferlegt hat. Die jüngsten Sanktionen gegen Nordkorea wurden am 11. September verhängt. Sie schränken den Export von Rohöl und Textilien ein. UNSC-Resolution 2375, die sogar von traditionell freundlich gestimmten Staaten wie Russland und China befürwortet wurde, verbietet Nordkoreanern auch die Arbeit im Ausland.

In solch rauer internationaler Umgebung können Nuklearwaffen auch bei den Staats-Gesellschafts-Beziehungen eine Rolle spielen. Die Sanktionen tun Nordkoreas Wirtschaft und seinen Bürgern weh, aber es gibt wenig Zweifel daran, dass die Herrschaft über die Atomtechnik den Nationalismus befeuert hat. Wenn demokratische Institutionen und eine gerechte Verteilung von natürlichen Ressourcen fehlen, dient nuklearer Heldenmut der Legitimierung einer despotischen Herrschaft. Es ist paradox, dass die Waffenprogramme diese Dinge für das Regime erledigen, auch wenn das Land dafür einen unglaublich hohen Preis bezahlt.



Ein südkoreanischer Wissenschaftler analysiert das Erdbeben, das ein nordkoreanischer Nukleartest im September verursacht hat.

zehn Kilotonnen. Die Explosion verursachte ein Erdbeben der seismischen Stärke 6,3.

Um noch eins draufzusetzen, führte Nordkorea Ende November einen Raketen-test durch und behauptet, nun die USA treffen zu können. Ähnliche Tests hatten schon im Juli stattgefunden.

niert, nachdem sie ihre Nuklearprogramme fortgeführt haben. Ihnen fehlte eine strategische Abschreckung.

Ein „Schurkenstaat“ wie Nordkorea kann davon ausgehen, dass seine nukleare Kraft ihm so etwas wie Straffreiheit zusichert. Letztendlich ist Russland mit der



MAYSAM BEHRAVESH ist Politikwissenschaftler an der Universität Lund in Schweden und schreibt seine Dissertation über nukleare

Aufrüstung. maysam.behravesh@gmail.com

RECHTSSTAAT

Reduziertes Ansehen

Die Legitimationskrise des kenianischen Staats hat sich in den vergangenen drei Monaten zugespitzt. Ein gut gemeintes, aber ungenügendes Urteil des Obersten Gerichts hat dazu beigetragen.

Von Hans Dembowski

Kenias Oberstes Gericht wurde von vielen dafür gelobt, dass es am 1. September bekannt gab, die Präsidentschaftswahlen vom Sommer würden annulliert. Drei Monate später ist klar: Dieser Schritt hat die Probleme des Landes verschärft.

Bei einer Wahlwiederholung Ende Oktober bestätigten die Wähler Präsident Uhuru Kenyatta zwar im Amt. Die Wahlbeteiligung lag aber unter 40 Prozent, was von mangelndem Bürgervertrauen zeugt. Entsprechend ist auch Kenyattas Legitimation nun angeschlagen, und daran ändert nichts, dass er fast alle abgegebenen Stimmen bekommen hat. Seine repressive Haltung ist schädlich; allzu viele politische Gegner sterben bei Demonstrationen. Manche Angehörige der Luo, der Volksgruppe von Oppositionsführer Raila Odinga, befürworten nun Separatismus.

Leider trägt das Oberste Gericht einen Teil der Verantwortung für die Eskalation der Probleme. Bei der Verkündung der Annullierung teilte es mit, die Wahl müsse innerhalb von 60 Tagen wiederholt werden. Es ließ sich aber noch 20 Tage Zeit, um die Entscheidung ausführlich zu begründen. So lange wusste die Öffentlichkeit nicht, was bei der Wahl falsch gelaufen war und wer die Schuld trug. Am Ende machten die Richter niemanden persönlich verantwortlich. Sie machten aber nicht klar, wie diese systemischen Defizite korrigiert werden müssten. Ihr Urteil genügte nicht, um die Fairness und Sauberkeit der Wahlwiederholung über jeden Verdacht zu erheben.

Für die Organisation des neuen Umgangs gab es kaum Zeit und keine klaren Vorgaben. Weil sonst kein fairer Ablauf zu erwarten sei, forderte Odinga erfolglos eine Reform der Wahlkommission. Bald darauf rief er zum Wahlboykott auf.

Die Lage wurde immer chaotischer. Ein Mitglied der Wahlkommission floh in die USA und sagte, es fürchte um sein Leben. Ein anderes Kommissionsmitglied war bekanntlich im Sommer kurz vor der ersten Wahl ermordet worden.

Einen Tag vor der Wahlwiederholung erklärte sich dann das Oberste Gericht außerstande, über die Zulässigkeit des Vorgangs zu entscheiden. Zu viele Richter waren abwesend. Die stellvertretende Vorsitzende fehlte, weil ihr Fahrer angeschossen im



Protest in Nairobi.

Krankenhaus lag. Offensichtlich fürchteten auch andere Richter um ihr Leben. Die Wahlwiederholung fand statt, ohne dass das Gericht ihre Korrektheit geprüft hatte.

Ende November bestätigte das Oberste Gericht dann Kenyattas Wahlsieg. Vermutlich gab es keine andere Option. Das Land ist den permanenten Wahlkampf leid, und eine dritte Abstimmung hätte die Glaubwürdigkeit weiter unterhöhlt.

Im Rückblick ist klar, dass die Richter zu sehr auf Formalien und zu wenig auf Substanz geachtet haben. Die Verfassungsklausel, eine ungültige Wahl müsse innerhalb von 60 Tagen wiederholt werden, ist wenig wert, wenn kein sauberes und glaubwürdiges Verfahren sichergestellt werden kann.

In solch einer Situation sollten Richter eine längere Frist ansetzen und klar formulieren, was in dieser Zeit geschehen muss. Selbstverständlich müssen sie dieses Urteil dann sorgfältig begründen.

Die Glaubwürdigkeit einer Wahl und die Autorität des Obersten Gerichts sind zudem höhere Rechtsgüter als ein Anwesenheitsquorum, von dem die Entscheidungsfähigkeit des Gerichts abhängt. Das gilt besonders, wenn offensichtlich die Sicherheit der Richter in Frage steht. Warum haben sie nicht per Telefon konferiert und entschieden?

Viele Kenianer werden Kenyatta nicht als legitimen Staatschef anerkennen. Die Justiz hat versucht, das Staatshandeln dem Recht zu unterwerfen, wie es ihrem Auftrag entspricht. Leider hat das Oberste Gericht

aber unvollständige Arbeit geleistet. Sein Ansehen ist nun beschädigt.

Odinga sagte, der Richterspruch, dem zufolge Kenyatta rechtmäßig gewählt ist, sei unter Druck zustande gekommen: „Wir verurteilen das Gericht nicht, wir haben Mitleid mit ihm.“ Kenyatta wiederum hat so getan, als akzeptiere er die Rolle der Justiz, hat zugleich aber die Richter kritisiert und zugelassen, dass seine Anhänger von einem Justiz-Coup sprachen.

Im Sommer wurden ein neues Parlament und die regionalen County-Verwaltungen neu gewählt. Wenn sie ihre Aufgaben unabhängig ausführen, ist Kenias Demokratie nicht verloren, denn ein Minimum an Gewaltenteilung besteht noch.

SDGS

Der mexikanische Weg

Die mexikanische Regierung schiebt wichtige institutionelle und programmatische Veränderungen an, um sich den entwicklungs- und klimapolitischen Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Wichtigstes Ziel dabei ist die integrierte Umsetzung der Nachhaltigkeits- und der Klimaagenda.

Von Helge Arends

Die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen (sustainable development goals – SDGs) und das Abkommen von Paris zum globalen Klimaschutz spiegeln eine grundsätzliche Übereinkunft über die globalen Herausforderungen wider. Die große Aufgabe ist jetzt die konkrete Umsetzung: Um die SDGs und auch die nationalen Klimaschutzbeiträge der Länder (nationally determined contributions – NDCs) umzusetzen, braucht es die richtigen Voraussetzungen:

- Die Koordination zwischen Ministerien muss sichergestellt,
- Haushaltsmittel müssen bereitgestellt,
- nationale Entwicklungspläne angepasst sowie
- regulatorische Instrumente entwickelt und deren Vollzug vorgenommen werden.

Und das ist hartes Brot. Kurzum: Die internationale Gemeinschaft und ihre Mitglieder werden jetzt mit der harten Realität der Umsetzung konfrontiert.

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Rahmen der Agenda 2030 ist für alle Organisationen etwas Neues. Einige denken, dazu wären nur kleinere Anpassungen der Konzepte nötig. Eine Beratung zur Umsetzung der Agenda 2030 impliziert aber neue Ansätze und Inhalte: Neben der SDG-Fortschrittsmessung müssen strukturelle Prozesse angegangen werden, wie die Anpassung nationaler Entwicklungsplanung, inklusive der Verabschiedung nachhaltiger Haushalte.

Für Mexiko ist eine Bearbeitung der SDGs wichtig, um nationale Herausforderungen anzugehen: Etwa 55 der 127 Milli-

onen Mexikaner leben unterhalb der nationalen Armutsgrenze. 60 Prozent aller Beschäftigten arbeiten im informellen Sektor ohne Zugang zur Sozialversicherung und es gibt gravierende Defizite in der Regierungsführung.

Gleichzeitig gehört Mexiko zu den zwölf Ländern mit der größten Biodiversität. Das Land ist mit einem Anteil von 1,7 Prozent an den globalen Treibhausgasemissionen neuntgrößter Emittent. Mehr als 90 Prozent der in Mexiko verbrauchten Energie werden aus fossilen Brennstoffen erzeugt.

Um notwendige Um- und Neustrukturierungen auf höchster Ebene zu begleiten, setzt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam mit dem mexikanischen Präsidialamt die „Initiative Agenda 2030“ in Mexiko um. Die Initiative hat drei Schwerpunkte:

- Unterstützung beim Aufbau des nationalen Rats der Agenda 2030, eines Forums, das staatliche und nichtstaatliche Akteure zusammenbringt, um den Präsidenten bei der Umsetzung der Agenda 2030 zu beraten.
- Beratung bei der Entwicklung einer mexikanischen Nachhaltigkeitsstrategie.
- Stärkung der Beziehungen zwischen öffentlichem Sektor, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Wissenschaft.

Wichtigstes Leitmotiv der Beratung ist die Politikkohärenz im Hinblick auf die Umsetzung der SDGs und des mexikanischen Klimabeitrags.

RESSORTÜBERGREIFEND DENKEN UND HANDELN

Die Prozesse zur Umsetzung der SDGs und des Pariser Abkommens sind in vollem Gange: Mexiko setzte eine Nachhaltigkeitsarchitektur auf und macht einen Plan zur Implementierung der NDCs.



Mexiko versucht der Luftverschmutzung in der Hauptstadt Mexiko-Stadt mit Fahrverboten und dem Ausbau von Radwegen zu begegnen.

Foto: picture-alliance/ZUMA Press

Vermittelt durch die GIZ hat eine Debatte zur Integration beider Prozesse begonnen. Die Schlussfolgerung ist, dass Mexiko von einem integrativen Ansatz profitieren kann.

Für das Umweltministerium können die SDGs ein zentrales Vehikel sein, um Reformen zur Minderung und Anpassung an den Klimawandel auch in anderen Sektoren anzustoßen. Denn auch im Sozial- oder Innenministerium ist die Agenda 2030 in aller Munde.

Damit sich die Klimaagenda in den Kernsektoren der mexikanischen Politik durchsetzt, ist die politische Rückendeckung auf höchster Ebene unabdinglich. Hier kann die Verflechtung mit der Agenda 2030 helfen: Die Kompetenz zur Umsetzung der Agenda 2030 ist im Büro des Präsidialamts angesiedelt. Diese institutionelle Aufhängung gibt der Klimaagenda eine hohe Priorität in der gesamten mexikanischen Entwicklungsplanung.

Zusätzlich legt die Regierung ein starkes Augenmerk darauf, verschiedenste Akteure und die Bevölkerung für die Agenda 2030 zu sensibilisieren. Sie startet Informationskampagnen, Dialogforen und innovative Bildungsformate für nachhaltige Entwicklung. Das ist wichtig, denn klimapolitische Maßnahmen wie der Abbau klimaschädlicher Subventionen oder Emissionshandel werden auch auf Widerstand stoßen. Eine breite Unterstützung ist daher vonnöten, um den langfristigen Erfolg dieser Reformen zu gewährleisten.

Die mexikanische Klimadebatte wird bisher aber sektoral geführt. Daher gilt es herauszustellen, welchen Zusatznutzen der Klimaschutz für die Erreichung der SDGs haben kann, beispielsweise im Bereich Gesundheit, Beschäftigungswachstum, Technologie- und Innovationsförderung. So kann eine thematische Verflechtung zu einem starken politischen Argument werden. Diese Sichtweise auf Klimapolitik verhindert auch negative Auswirkungen des Klimaschutzes auf andere Bereiche nachhaltiger Entwicklung, zum Beispiel wenn man an den Schutz territorialer Rechte indigener Bevölkerungsgruppen im Rahmen von großen Energieprojekten denkt – ein Thema, das in Mexiko von großer Bedeutung ist.

Der Nutzen von Klimaschutz für die Agenda 2030 liegt auf der Hand. Eine von der Initiative Agenda 2030 in Auftrag gege-

bene interne Studie zeigt auf, dass die Umsetzung der mexikanischen NDCs einen positiven Einfluss auf 47 Unterziele der SDGs hat, unter anderem bei Armutsreduzierung, Beschäftigungswachstum und guter Regierungsführung.

Die Zeit läuft: Viele Länder sind sich der Win-win-Situation von Klima- und Entwicklungspolitik nicht bewusst. Oft werden beide Agenden parallel vorbereitet. Sind diese einmal festgeschrieben, wird es schwer, sie nachträglich zusammenzuführen. Mexiko möchte dies von Beginn an richtig machen.

WIE INTEGRIEREN?

Um die Agenden zu integrieren, arbeitet die Initiative Agenda 2030 an der Schnittstelle zwischen Präsidialamt und Umweltministerium. Die Arbeit konzentriert sich auf drei Dimensionen.

1. Thematische Dimension: Beratung zur thematischen Verflechtung der beiden Prozesse, unter anderem durch eine zukünftige mexikanische Nachhaltigkeitsstrategie. Dies führt zu dem übersektoralen Dialog, der es erst ermöglicht, den zusätzlichen Nutzen von Klimaschutz auch wirklich zu nutzen.

2. Strategische Dimension: Förderung einer integrierten Strategieentwicklung, die dazu führt, dass für beide Prozesse ausreichend Ressourcen wie Geld oder Technik mobilisiert werden.

3. Politische Dimension: Stärkung des Klimadialogs auf höchster politischer Ebene, um sicherzustellen, dass Klimaschutz auf der Agenda des Präsidenten bleibt. So wird die politische Rückendeckung gewährleistet.

Erste Ergebnisse liegen vor. Zum ersten Mal überhaupt wurden die Zusatznutzen der Umsetzung der mexikanischen NDCs im Licht der SDGs analysiert und zentralen Ressorts zur Diskussion vorgelegt. Gleichzeitig wurde ein stetiger Dialog zwischen Präsidialamt und Umweltministerium zur Integration der Agenden etabliert. Die beiden Behörden tauschen sich zunehmend gemeinsam bilateral mit internationalen Partnern aus – sie führten zum Beispiel auch eine mexikanische Delegationsreise nach Deutschland zur Agenda 2030 und zur Umsetzung der NDCs gemeinsam an.

Eine direkte Folge ist, dass das Präsidialamt bei den wichtigen Ressortabstim-



mungen zur Umsetzung des mexikanischen Klimabeitrags präsent ist und sich aktiv einbringt. Umgekehrt wird dem Umweltministerium eine besondere Rolle bei der Positionierung des Klimaschutzes in der mexikanischen Nachhaltigkeitsstrategie zukommen.

Das können nur erste Schritte sein. Eine Integration der Agenden muss sich in der Umsetzung niederschlagen. Armutsprogramme müssen Instrumente zur Verringerung der Vulnerabilität gegen Klimakatastrophen aufnehmen. Investitionsprogramme sollten zum Unternehmertum in grünen Sektoren beitragen. Mittel, die aus dem Abbau klimaschädlicher Subventionen freigesetzt werden, müssen so reinvestiert werden, dass sie der ganzen Bevölkerung zugutekommen. Kernprojekte wie die Einleitung einer mexikanischen Energiewende oder die Einführung eines Emissionshandels müssen weiter vorangetrieben werden.

Die globalen Krisen führen dazu, dass die Aufmerksamkeitsspanne von Politik und Öffentlichkeit kurzweiliger wird. Schnell ändern sich politische Prioritäten und Positionen. Eine integrierte Umsetzung der Agenda 2030 und des Abkommens von Paris – bis 2030 sowie darüber hinaus – bedarf aber Kontinuität. Diesen Wechsel vom Sprint- in den Marathonmodus erfolgreich mitzugestalten ist eine Aufgabe der deutsch-mexikanischen Zusammenarbeit. Wir brauchen einen langen Atem.



HELGE ARENDS ist Leiter der Initiative Agenda 2030 der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in

Mexiko.
helge.arends@giz.de

INTEGRATIVE BERUFSBILDUNG

Barrieren abbauen

In Ruanda ist die Jugendarbeitslosigkeit hoch, und Jugendliche mit Behinderung haben es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer. Die Regierung bemüht sich um Integration. Doch gegen Vorurteile von Arbeitgebern, institutionelle Hürden und physische Barrieren muss weiter vorgegangen werden.

Von Maxine Bayer, Marieke Fischer, Judith Guckenbiehl und Jana Hake

Ruanda hat seit dem Ende des Genozids im Jahr 1994 wirtschaftlich und sozial eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Gut ausgebildete Fachkräfte sind auf dem Arbeitsmarkt begehrt. Andererseits kämpft das Land mit einer extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit. Angebot und Nachfrage passen nicht zusammen: Benötigt werden vor allem Handwerker, doch die meisten Schulabsolventen bevorzugen eine universitäre Ausbildung.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fördert die ruandische Regierung den Berufsbildungssektor (Technical and Vocational Education Training – TVET). Ihr Ziel ist zudem die wirtschaftliche und soziale Integration von jungen Menschen mit Behinderung. Diese sind stark von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen.

Masterstudentinnen der Philipps-Universität Marburg untersuchten daher im Rahmen eines Forschungsprojektes im Jahr 2015 in Ruandas Hauptstadt Kigali, welches Potenzial TVET in diesem Zusammenhang hat und welche institutionellen Charakteristika der Bereich der beruflichen Bildung aufweist. Das Projekt ging folgenden Forschungsfragen nach:

- Wie stellt sich der institutionelle Rahmen der Berufsbildung für Menschen mit Behinderung dar?
- Inwiefern verändert die Teilnahme an Berufsbildungsprogrammen ihre Berufschancen sowie die soziale und wirtschaftliche Integration?
- Inwiefern kann der institutionelle Rahmen der Berufsbildung für Menschen mit Behinderung positiv weiterentwickelt werden?



Schule in Kigali, in der Jugendliche mit Behinderung eine Ausbildung in Elektrotechnik und Bauhandwerk bekommen können.

Während der Datenerhebung in Kigali befragten die Studentinnen zum einen nationale und internationale Experten etwa von Schulträgern, NGOs und Regierungsorganisationen. Zum anderen dokumentierten Menschen mit Behinderung in lokalen Berufsbildungsprogrammen selbst ihre Einschätzungen.

Die Ergebnisse zeigten, dass Jugendliche mit Behinderung auf dem ohnehin stark umkämpften ruandischen Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Das liegt in erster Linie an Vorurteilen und dem daraus folgenden Widerwillen vieler Arbeitgeber, Betroffene einzustellen. So bleibt Menschen mit Behinderung häufig nur die berufliche Selbstständigkeit. Die jungen Auszubildenden selbst erhoffen sich, ihre erlernten Fähigkeiten einsetzen zu können, um finanziell unabhängig zu sein, ihre Familien zu unterstützen und durch

ihre Leistung zur Entwicklung Ruandas beizutragen.

Für die soziale Integration und ein selbstbestimmtes Leben wird berufliche Bildung als wichtige Grundlage betrachtet: Die Jugendlichen wünschen sich Gleichberechtigung und Anerkennung ihrer Fähigkeiten. Sowohl die Experten als auch die Betroffenen betonten, dass größere Anstrengungen zur Sensibilisierung der Gesellschaft nötig sind.

POSITIVER TREND

Der Trend ist positiv: Während junge Menschen mit Behinderung anfangs lediglich vereinzelt in staatlichen Berufsschulen anzutreffen waren, initiieren heute immer mehr NGOs und Durchführungsorganisationen staatlicher Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) Berufsbil-



Ein selbstständiges Leben ist für Menschen mit Behinderung in Ruanda nicht leicht.

dungsprogramme, die Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.

Zugleich steht der integrative Berufsbildungssektor in Kigali vor großen Herausforderungen. Erhebliche physische Barrieren und ein Mangel an Ressourcen – vor allem finanzieller Art, aber auch bezüglich der Ausstattung der Schulen – erschweren die Inklusion, und politische Maßnahmen zum Nutzen von Menschen mit Behinderung werden häufig nur unzureichend umgesetzt. Die Experten sehen

hierfür mehrheitlich die Regierung in der Verantwortung. Die Jugendlichen selbst bestätigen die mangelhafte Ausstattung der Bildungseinrichtungen, zeigen sich jedoch größtenteils zufrieden mit den Lehrprogrammen.

Arbeitgeber könnten mit zusätzlichen Sensibilisierungs- und Unterstützungsmaßnahmen dazu gebracht werden, ihre ablehnende Haltung zu ändern und Menschen mit Behinderung in Rekrutierungsprozessen vermehrt zu berücksichtigen. Auch

systematische Ansätze zu Berufsberatung und Coaching vor und nach den Programmen sowie Angebote für die Übergangsphase zwischen Schulabschluss und Berufseinstieg könnten eine Lösung sein. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft würde dazu beitragen, die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu schließen.

Trotz der fortbestehenden Herausforderungen sind kontinuierliche Fortschritte bei der Einbindung von Menschen mit Behinderung zu verzeichnen. Besonders die erlernten praktischen Fähigkeiten ermöglichen den betroffenen Jugendlichen eine neue Form der Selbstständigkeit. Wichtige politische Maßnahmen wurden auf den Weg gebracht. Es bleibt abzuwarten, wie Gesellschaft und Politik gemeinsam den Weg zu einer gleichberechtigten und integrativen Gesellschaft ebnen, um die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Ruandas zu gestalten.



MAXINE BAYER ist Projektmanagerin für die Implementierung von Remote Monitoring-Lösungen in Entwicklungsprojekten. Alle

Autorinnen waren als M.A.-Studentinnen der Philipps-Universität Marburg an dem Forschungsprojekt in Ruanda beteiligt. Die Projektbetreuung hatte Michael Kirk, Professor für Entwicklungs- und Kooperationsökonomie. maxine.bayer@icloud.com



MARIEKE FISCHER ist M.A.-Studentin International Development Studies.

marieke.fischer@gmail.com



JUDITH GUCKENBIEHL ist Junior-Projektmanagerin im Bereich Jugendbeschäftigung.

judith-guckenbiehl@gmx.de



JANA HAKE ist Trainee im Produktmanagement in der Tourismusbranche.

jana.hake@web.de





Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation





Bill und Melinda Gates mit Warren Buffet, der Milliarden Dollar an die Gates Foundation spenden will.

Philanthropie

Weltweit wächst der Einfluss wohlütig agierender Milliardäre. Ihre Großzügigkeit ist begrüßenswert, aber ihr Gestaltungsanspruch ist problematisch. Weder die Handlungsfähigkeit demokratisch legitimierter Staaten noch die Programmatik multilateraler Organisationen darf von der Spendenbereitschaft der Superreichen abhängen.

Erster Anlauf

Der Mo-Ibrahim-Preis belohnt gute Regierungsführung in afrikanischen Ländern und ermutigt zu entsprechendem Handeln. Er könnte viel bewirken, scheint aber an Bedeutung zu verlieren. Änderungen der Vergabekriterien könnten ihn zu einem wirksameren Instrument machen.

Von Vladimir Antwi-Danso

Mo Ibrahim ist ein britisch-sudanesischer Unternehmer, der den Mobilfunk in mehreren Ländern Afrikas einführte. Mittlerweile gehört sein Unternehmen Cetel dem indischen Multi Airtel. Ibrahims Vermögen soll sich auf ein bis 2 Milliarden Dollar belaufen.

2006 gründete der Unternehmer eine Stiftung, die den Mo Ibrahim Prize for Achievement in African Leadership vergibt. Der Preis zeichnet vorbildliches Re-

gierungshandeln in Afrika aus und dient zugleich als Ansporn. Das Ziel ist, Staats- und Regierungschefs afrikanischer Länder dazu zu motivieren, ihrem Volk pflichtbewusst zu dienen und demokratische, freiheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Afrikanische Politik hat generell keine gute Reputation. Der Preis könnte daran etwas ändern, weil er Beispiele guter Regierungsführung sichtbar macht.

Über die Preisvergabe entscheidet ein unabhängiges Komitee. Die Mitglieder sind weltweit anerkannte Persönlichkeiten, wie die Nobelpreisträger Martti Ahtisaari oder Mohamed ElBaradei. Auch der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan oder die ehemalige Finanzministerin Nigerias, Ngozi Okonjo-Iweala, gehörten dem Gremium bereits an.

Die Vergabekriterien sind einfach und strikt. Den Preis bekommen nur:

- frühere afrikanische Staats- oder Regierungschefs,
- die in den vergangenen drei Jahren aus dem Amt geschieden sind,
- demokratisch gewählt wurden,
- die Zeit, für die sie gewählt wurden, im Amt blieben und
- ihrem Mandat auf herausragende Weise gerecht wurden.

Wie selten diese Kriterien erfüllt werden, zeigt die Statistik: In den elf Jahren seit der Preis gestiftet wurde, erhielten ihn nur fünf Personen: Joaquim Chissano (Mosambik, 2007), Nelson Mandela (Südafrika, 2007), Festus Gontebanye Mogae (Botswana, 2008), Pedro de-Verona Rodrigues Pires (Kap Verde, 2011) und Hifikepunye Pohamba (Namibia, 2014). In den Jahren 2009, 2010, 2012, 2013 und 2015, 2016 und 2017 wurde er nicht vergeben. Offensichtlich fand das Komitee in diesen Jahren keinen auszeichnungswürdigen ehemaligen Staatlenker.

Dass der Preis häufiger einbehalten als verliehen wird, ist entmutigend und wirft die



Der frühere mosambikanische Präsident Joaquim Alberto Chissano (l), der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan (M) und der britisch-sudanesischer Unternehmer Mo Ibrahim (r) 2007 bei der Erstverleihung des Mo-Ibrahim-Preises in Alexandria.

Frage auf, ob die Vergabekriterien nicht zu streng sind. Wenn bei einer Examensprüfung Spitzenleistungen fehlen, gibt es normalerweise Bewerber mit guten Ergebnissen.

Es gibt keine Notwendigkeit, derartige Preise jährlich zu verteilen. Auch der Friedensnobelpreis wurde in manchen Jahren seit Einführung 1901 einbehalten. Die regelmäßige Verleihung des Mo-Ibrahim-Preises wird allein schon durch die Beschränkung auf afrikanische Spitzenpolitiker eingeschränkt. Der Friedensnobelpreis wird weltweit vergeben, aber der Mo-Ibrahim-Preis geht nur nach Afrika.

Sein Preisgeld ist indessen deutlich höher. Manche Beobachter halten das für den Grund der seltenen Vergabe. Während mit dem Friedensnobelpreis nie mehr als 8 Millionen Schwedische Kronen ausgelobt wurden (etwas weniger ist als eine Million Dollar), erhält ein Mo-Ibrahim-Preisträger in den ersten zehn Jahren fünf Millionen Dollar und danach lebenslang jährlich 200 000 Dollar. Mit seinem Fokus auf Afrika ist der Mo-Ibrahim-Preis zwar weniger bekannt und weniger prestigeträchtig als der Friedensnobelpreis, er ist aber üppiger.

ANSPORN FÜR EINWANDFREIES REGIEREN

Die Aussicht, mit solchem Reichtum belohnt zu werden, soll ein Anreiz für tadellose Regierungsführung sein. Staats- und Regierungschefs können so zu einem beachtlichen Vermögen kommen, ohne ihr

Amt zu missbrauchen. Der Preis macht außerdem vorbildliches demokratisches Handeln bekannt und hilft, die Wahrnehmung zu verändern. Er wirbt für eine Kultur von Good Governance, Beständigkeit und Stabilität in Afrika.

Seine größte Bedeutung liegt also darin, verantwortliche Regierungsführung zu ehren, bekannt zu machen und zu entsprechendem Handeln zu inspirieren. Er bietet eine Möglichkeit, den Kreislauf von Rache und Vergeltung zu durchbrechen, weil er eine Perspektive eröffnet, statt um jeden Preis am Amt zu kleben, aus den Regierungsgeschäften zu scheiden und sich anderen öffentlichen Aufgaben zu widmen.

Leider ist destruktives Amtsgebaren in Afrika tief verwurzelt. Ein einzelner Preis kann daran nicht viel ändern, und zwar besonders dann nicht, wenn er nur selten verliehen wird. Letzteres ließe sich leicht ändern.

Die Beschränkung auf ehemalige Staats- und Regierungschefs ist problematisch. Diese Posten sind sicherlich wichtig, aber die politische Kultur eines Landes hängt nicht allein von ihnen ab. Kabinettsmitglieder, Parlamentsabgeordnete, Kommunalpolitiker und einfache Bürger spielen ebenfalls eine Rolle, wenn es darum geht, die Regierungsführung afrikanischer Staaten zu verbessern. Sollten nicht auch ihnen Anreize geboten werden?

Beliebigkeit und Opportunismus bei der Vergabe können einen Preis beschädigen.

Die Entscheidungen müssen fair und nachvollziehbar sein. Dem Mo-Ibrahim-Preis-Komitee ist bisher nichts vorzuwerfen. Es sollte Fehler, wie sie beim Friedensnobelpreis vorgekommen sind, vermeiden. Dass US-Präsident Barack Obama ausgezeichnet wurde, als er erst kurze Zeit im Amt war, hat zum Beispiel viel Kritik ausgelöst. Die Reputation des Mo-Ibrahim-Preises darf nicht auf ähnliche Weise beschädigt werden.

Für Afrika wäre es schlecht, wenn das Interesse an dem Preis nachlasse, weil so selten von ihm die Rede ist, und die Chance, ihn zu gewinnen, gering bleibt. Dem Stifter Mo Ibrahim gebührt für seine Großzügigkeit Anerkennung, aber das Vergabeschema sollte überdacht werden.

Um die Wirkung des Preises zu stärken, wären zwei Änderungen sinnvoll: Erstens sollte die Vergabe jedes Jahr stattfinden, selbst wenn das Preisgeld dafür reduziert werden müsste, und zweitens sollte der Kreis potenzieller Kandidaten weniger elitär sein und alle einschließen, die Herausragendes leisten, um Regierungshandeln in afrikanischen Staaten zu verbessern. Alternativ wäre auch ein ähnlicher Preis für sie denkbar.



VLADIMIR ANTWI-DANSO ist Dekan und akademischer Direktor des Ghana Armed Forces Command & Staff College (GAF CSC) in Accra.

vladanso@yahoo.com

Familien helfen, der Armut zu entfliehen

Aga-Khan-Institutionen sind in vielen Ländern aktiv, in denen Menschen in bitterer Armut leben und mehr Hilfe benötigen. Aufgrund ihrer guten Reputation kooperieren auch viele andere Entwicklungsorganisationen mit Aga-Khan-Institutionen.

Von Alphonse Shiundu

Ein körniges Video aus dem Jahr 1957 zeigt, wie ein 20 Jahre alter Mann zu einem Thron geleitet, gekrönt und zum Leiter der Ismailiten gemacht wird. Das ist eine große Religionsgemeinschaft mit mehr als 20 Millionen Anhängern im schiitischen Islam. Der junge Mann bestieg den Thron als Prinz Karim al Husseini, worauf ihm der Hoheitstitel Aga Khan IV. verliehen wurde.

Er ist ein ungewöhnlicher Monarch, denn er beherrscht kein geografisches Gebiet. Sein privates Vermögen wird von Forbes auf rund 800 Millionen Dollar geschätzt. Der Aga Khan ist britischer Staatsbürger, hat einen südasiatischen Hintergrund und lebt in Frankreich. Im Jahr 1957 wurden ihm nicht nur ein Titel, sondern auch eine Menge Verantwortung und Aufgaben vererbt, die ursprünglich sein Großvater gestaltet hatte.

Heute ist der Einfluss seines Amtes und seiner Arbeit in fast 30 Ländern in jedem Sektor der Gesellschaft zu spüren. Das Aga Khan Development Network (AKDN) und die Aga Khan Foundation (AKF) sind wichtige Institutionen, die sich schwer in einem Wort oder Satz zusammenfassen lassen.

Weder Philanthropie noch Unternehmertum treffen es. Soziales Unternehmertum kommt der Sache am nächsten. Der Aga Khan selbst hält diese Beschreibungen für unzulänglich, da sie nicht die ganze Bandbreite abdecken.

Zur Mission des Aga Khan gehören das Errichten von Krankenhäusern und -stationen, Banken, Universitäten und Schulen sowie auch Programme in der Landwirtschaft, für Ernährungssicherheit, wirtschaftliche Inklusion, Mikrofinanzierung und Empowerment der Zivilgesell-

troffenen Gemeinschaften zu verbessern.“ Der Aga Khan formulierte dies vor einem Jahrzehnt an der Evangelischen Akademie Tutzing, einer protestantischen Institution in Bayern, als diese ihm ihren Toleranzpreis verlieh. Er spricht und tritt nur selten öffentlich auf.

Qualität stand für den Aga Khan schon immer im Vordergrund. „Es ist leicht, durch den Bau von Klassenzimmern jeden in die Schule zu schicken; es ist deutlich schwerer, dafür zu sorgen, dass die Schüler mehr als nur halb gebildet sind“, sagte er kaum sechs

der Stiftung, „die nötigen menschlichen, finanziellen und technischen Ressourcen zu bündeln, um die ärmsten und marginalisiertesten Gruppen in bestimmten Regionen zu unterstützen, insbesondere Frauen und Kinder, sodass sie Selbstständigkeit und eine bessere Lebensqualität erreichen“.

Pickens zufolge ist die AKF davon überzeugt, dass zuverlässige Krankenhäuser, Schulen, Gemeindezentren und eine erfolgreiche Wirtschaft die Eckpfeiler prosperierender Gemeinschaften sind. Gleichermaßen wichtig sind informierte und engagierte Menschen, die den Raum und die kollektive Macht haben, ihre eigene Zukunft zu gestalten. Fehlt eine solche Umgebung, dann verbleiben Familien „im Armutskreislauf, halten sich an begrenzten öffentlichen Dienstleistungen fest und sind abhängig von kurzlebiger Hilfe“. Pickens sagt, die Stiftung ist „entschlossen, Gemeinschaften dabei zu unterstützen, diesen Kreislauf zu durchbrechen“.

EMPOWERMENT- AGENDA

Besonders interessant am Ansatz des Aga Khan ist der Fokus darauf, Menschen und Gemeinschaften selbst die Leitung der Programme übernehmen zu lassen. Vermutlich kann die Organisation deshalb nach eigenen Worten mit „einer kleinen Belegschaft, einigen Partneragenturen und tausenden Freiwilligen“ so viel erreichen.

Schwerpunkt der AKF ist die Stärkung von ländlicher Entwicklung, Gesundheit, Bildung und der Zivilgesellschaft. In Kenia, Uganda und Tansania fügt sich dies perfekt in eigene Visionen vom Kampf gegen Krankheit, Hunger und Analphabetismus aus der Unabhängigkeitsära ein. Die AKF springt teilweise dort ein, wo staatliche Institutionen die Menschen im Stich lassen oder ganz fehlen. Exklusion und Marginalisierung bleiben, nicht zuletzt aufgrund einer wachsenden Bevölkerung, ernstzunehmende Herausforderungen in Ostafrika.

Obwohl der Aga Khan ein religiöser Führer ist, fördert er einen säkularen Pluralismus. Das liegt vermutlich daran, dass die Ismailiten eine religiöse Minderheit sind, die zu häufig selbst verfolgt wurde. Er ist aber auch ein Geldgeber für muslimische Architektur.

Nicht alle Aktivitäten werden vom privaten Vermögen des Aga Khan finan-



Seine Hoheit Aga Khan IV.

schaft. Sein Entwicklungsansatz ist multidimensional. Das AKDN ist beispielsweise ein wichtiger Anteilseigner der kenianischen Serena Hotels. Zudem hat der Aga Khan in Kenia die Nation Media Group gegründet, die unter anderem führende ostafrikanische Zeitungen wie The Daily Nation in Kenia und The Daily Monitor in Uganda herausgibt. Erst kürzlich hat er eine Schule für Journalismus in Kenia gegründet.

Laut Sam Pickens, einem Sprecher des AKDN, fasst folgendes Zitat die Motivation des Aga Khan prägnant zusammen: „Diese Arbeit ist für uns ein Teil unserer institutionellen Verantwortung – sie folgt aus dem Mandat des Imam-Amtes. Es geht darum, die Qualität des weltlichen Lebens für die be-

Monate nach seiner Thronbesteigung. „Eine Schule mit schlecht ausgebildeten Lehrern ist wie ein Schuh ohne Sohle, und eine Schule mit qualifizierten Lehrern und unempfindlichen Schülern ist wie ein Schuh ohne Schnürsenkel. Beide sind defizitär.“ Von Beginn an stellte er heraus, dass „es wäre, mehr Zeit auf die Rekrutierung und Ausbildung von hochqualifiziertem Personal zu verwenden“.

Aga-Khan-Institutionen sind häufig in Ländern aktiv, in denen die Menschen sehr arm sind, wie etwa in Afghanistan, Bangladesch, Ägypten, Indien, Kenia, Kirgisistan, Madagaskar, Mali, Mosambik, Pakistan, Portugal, Russland, Syrien, Tadschikistan, Tansania oder Uganda. Laut Pickens ist Ziel

ziert. Ein großer Teil des Geldes wird durch die Unternehmen erwirtschaftet, an denen seine Gruppe beteiligt ist. Zudem kooperieren die AKF und das AKDN häufig mit anderen Entwicklungsorganisationen. Diese schätzen die gute Reputation des Aga Khan. Die AKF führt Fundraising-Kampagnen in Nordamerika und Europa durch und hat „Ressourcenmobilisierungsbüros“ in Kanada, Großbritannien und den USA.

Shafik Sachedina koordiniert die islamitischen Institutionen im Auftrag des Aga Khan. Er sagt, sein Chef denke nicht in Zeiträumen von Tagen oder Monaten, sondern von Generationen. „Um einen Einfluss auf die Lebensqualität von Menschen zu haben, musst du bei der Sache bleiben, bis du dazu in der Lage bist, Armut und Zerfall zu beseitigen“, sagte Sachedina einmal einem Fernsighteam: „Es gibt keine rasche Lösung.“



ALPHONCE SHIUNDU
ist ein kenianischer Journalist, Redakteur und Faktenchecker. Er studiert gerade als Chevening-

Stipendiat Medien und Entwicklung an der University of Westminster in London.

shiunduonline@gmail.com

<https://africacheck.org/>

Benachteiligte Gemeinschaften erreichen

Ein Blick auf spezifische Programme hilft, die Wirkung der Aga Khan Foundation (AKF) zu verstehen. Beispielsweise hat sie das Leben vieler Menschen an der kenianischen Meeresküste verbessert.

In Mombasa und den angrenzenden Bezirken Kilifi und Kwale ist die AKF bereits seit fast 40 Jahren in der Vorschul- und Schulbildung aktiv. Mehrere Millionen Dollar wurden ausgegeben und verschiedene Partner, wie etwa die kanadische Regierung, haben sich beteiligt.

1982 reiste der Aga Khan nach Mombasa, wo er muslimische Führer traf. Sie berichteten ihm von einem Bedarf an verbesserter Grundschulbildung. Die Situation in Mombasa war ernst, da weniger muslimische als christliche Kinder die Grund- und Sekundarschule besuchten und die muslimischen Kinder schlechtere Leistungen erbrachten.

Den Eltern war bewusst, dass das Problem sehr früh beginnt. Aufgrund der unsicheren Grundbildung der frühen Jahre fielen viele Kinder durch die Prüfungen an den Grund- und Sekundarschulen. Weil sie an der Schulbildung scheiterten, blieben sie in einem Teufelskreis von Unwissen, Alpha-

betismus und Armut gefangen. Wissenschaftler bestätigten dies in einer Studie von 1983. Laut der Studie ist „qualitativ hochwertige Vorschulbildung für 3- bis 6-Jährige entscheidend für ihre Zukunft“. Deshalb begann die AKF sich zu engagieren.

Seither haben mehr als 250 000 Kinder von dem Programm profitiert – nicht alle waren Muslime. Die AKF wirbt nicht für einen konfessionsgebundenen Ansatz, sondern fördert das friedliche Zusammenleben aller Gemeinschaften.

An der Küste Kenias engagiert sich die AKF schon lange für die Verbesserung der Ernährungssicherheit. Zu Beginn der Programme zur Unterstützung ländlicher Regionen wurden Modellprojekte in drei der ärmsten Bezirke der Region durchgeführt. Laut einem AKF-Mitarbeiter herrschen an diesen Orten „raue klimatische Bedingungen, sie sind geografisch abgelegen und haben einen insgesamt geringen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen“. Viele Einwohner haben noch immer keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, die Infrastruktur ist schlecht und der Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung ist eingeschränkt.

Das Programm ist über einen Zeitraum von 15 Jahren von vier auf 195 Gemeindeorganisationen angewachsen, die über 230 000 Mitglieder zählen. Laut AKF hat das Programm geholfen, 121 Dämme und kleine Wasserspeicher auf Bauernhöfen zu errichten. Die Zielgemeinden erhalten dadurch Zugang zu Wasser für die häusliche und wirtschaftliche Nutzung. Außerdem hat das Programm geholfen, den Zugang zu Wasser, Sanitäreinrichtungen und Hygiene für 30 000 Kinder in 50 Schulen zu verbessern.

Ein weiterer Erfolg sind die 47 Kilometer langen Wasserleitungen, die 24 000 Gemeindemitglieder versorgen. Familien wurden dazu ermuntert, Gemüsegärten anzulegen, um ihre Ernährung zu verbessern. Außerdem wurden 250 000 Bäume gepflanzt. Die



Stiftung sagt, dass sie über 200 000 kenianische Bauern in Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung trainiert hat. Die Zahlen sind beeindruckend.

Im ländlichen Tansania verfolgt die AKF einen ähnlichen Ansatz. Zielgruppe sind Kleinbauern in den abgelegenen Regionen Lindi und Mtwara nahe der Grenze zu Mosambik. „Das Programm unterstützt mehrere wirtschaftliche Aktivitäten zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion durch Steigerung der Produktivität und schult Bauern in verbesserten Vermarktungsstrategien“, sagt ein AKF-Sprecher. „Der Hauptfokus liegt auf den Wertschöpfungsketten für Reis und Sesam sowie einem verbesserten Zugang zu Finanzdienstleistungen durch gemeindebasierte Spargruppen.“ Die Spargruppen ermöglichen es Haushalten, ihre Mittel zusammenzulegen und kleine Kredite aufzunehmen.

Für das Jahr 2014 berichtete die Stiftung, dass insgesamt 54 000 Kleinbauern ihre Reis- und Sesamernte verdoppelt und dabei zunehmend umweltfreundliche landwirtschaftliche Praktiken genutzt haben. Durch die Mikrofinanzinitiative hatten Ende 2013 mehr als 120 000 Menschen einen Betrag von insgesamt 2,2 Millionen Dollar gespart. (as)

Eine Elite bilden, die den Staat leitet

Die Bewegung des türkischen Imams Fethullah Gülen breitete sich mit Schulen, Bildungseinrichtungen und Vereinen in viele Länder bis nach Afrika aus. Zahlreiche Experten sehen sie jedoch kritisch: Nach außen hin präsentiere sie sich als offene Bildungsbewegung mit einem moderaten Islamverständnis. Doch in Wirklichkeit habe sie sektenähnliche Strukturen und verfolge eine geheime Agenda. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan betrachtet Gülen mittlerweile sogar als Staatsfeind Nummer eins.

Von Timur Tinç

Der heute 76-jährige Fethullah Gülen wurde bereits mit 18 Jahren Imam und gewann in den 1980er Jahren als Wanderprediger immer mehr Anhänger. „Schulen bauen statt Moscheen“ war sein Credo, und er erfreute

sich der aktiven Unterstützung säkularer Regierungen zwischen 1986 und 1997. In der Türkei schossen Nachhilfezentren, Studentenheime und Universitäten wie Pilze aus dem Boden und bildeten das finanzielle Fundament der Bewegung. Die Finanzen wurden von der Kaynak-Holding verwaltet. Medienhäuser, Kliniken und ein Kreditinstitut – die Bank Asya – kamen hinzu. Gleichzeitig eröffneten reiche Geschäftsleute in den ehemaligen Sowjetstaaten, insbesondere im Kaukasus, in den neuen Balkanstaaten sowie in Afrika und Mittelasien rund 1000 Schulen in 160 Ländern, die moderne und säkulare Bildung anboten. Deren Aufbau wurde vom türkischen Außenministerium gefördert, die Abschlüsse vom Bildungsministerium anerkannt.

„Gülen wurde zu einem ‚Vorzeigemuslim‘ stilisiert, der eine Synthese zwischen

islamischen Werten und der vom Kemalismus vorgegebenen Trennung von Islam und Politik anbot“, sagt Islamwissenschaftler Bekim Agai von der Goethe-Universität Frankfurt. Bei einem näheren Blick in die Schriften stelle man jedoch fest, dass sich sein Islamverständnis am konservativen Mainstream orientiert und seine Argumentationen traditionell sind. Sein Ziel sei es, eine fromme Elite auszubilden, die in der Lage ist, den Staat zu leiten und letztlich zu kontrollieren.

So gelang es der Gülen-Bewegung peu à peu, den türkischen Staatsapparat zu unterwandern, schreibt Günter Seufert von der Stiftung Politik und Wissenschaft (SWP) in einer Studie: „Weil das Netzwerk auf die demonstrative Zurschaustellung religiöser Identität verzichtet, aber auch weil Gülen früher mit dem Staat kooperiert hatte, war es Anhängern der Bewegung trotz einiger Säuberungswellen bereits Anfang der 1990er Jahre gelungen, Seilschaften in der Bürokratie zu bilden, besonders in der Polizei, der Justiz, aber auch im Militär.“

Dies erreichte mit dem Wahlsieg der islamisch-konservativen AKP im Jahr 2002 eine neue Dimension. Die Partei um den damaligen Premierminister Erdogan verbündete sich mit den Anhängern Gülens, die bereits im Staatsdienst waren. Beide verfolgten das gleiche Ziel: die Transformation der türkischen Gesellschaft weg von der verhassten kemalistischen Ideologie hin zu einer religiösen Identität.

Fethullah Gülen, der von AKP-Politikern als „verehrter Lehrer“ gepriesen wurde, war da schon längst im Exil im US-Bundesstaat Pennsylvania. Denn nach einem Putsch vom 28. Februar 1997 wurde der Gülen-Bewegung vorgeworfen, das Militär zu islamisieren.

KEIN BEZUG ZUR TÜRKEI UND ZUM ISLAM

Im Ausland wirkt die Gülen-Bewegung „wie ein globaler Repräsentant von konservativen islamischen Werten und dem Türkentum, der die türkische Sprache und Kultur in der Welt verbreitet“, sagt Bayram Balcı, Politikwissenschaftler vom französischen Institut Sciences Po. Den Stiftungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen gehe es im Ausland nicht nur darum, die türkischstämmige Bevölkerung zu erreichen, sondern auch die Gastgebergesellschaft. Oft gibt es dort gar kei-



Landesweite Verhaftungswelle von vermeintlichen Gülen-Anhängern innerhalb der Polizei im April 2017 in der Türkei.

nen Bezug zur Türkei oder zur islamischen Religion. In Westeuropa und den USA setzte die Bewegung auf den sozialen Aufstieg benachteiligter Menschen und auf den interreligiösen Dialog mit Christen und Juden, meint Balci. Sie verschleierte oft ihren Bezug zu Gülen. Im Kaukasus und Afrika wurden Unternehmen gegründet und Wirtschafts Kooperationen vereinbart. Diese Kontakte machte sich auch die AKP zunutze. Zwischen 2002 und 2013 stieg die Zahl türkischer Botschaften in Afrika von 19 auf 34. „Die Gülen-Anhänger waren die Vorhut der türkischen Soft-Power-Offensive“, erklärt Balci.

Der Investigativjournalist Ahmet Sik bezeichnet diese Aktivitäten der Bewegung als ihr „ziviles Gesicht“, das als Fassade für das „militaristische“ dient. Das zeigte sich erstmals beim sogenannten Ergenekon-Prozess. 2007 wurden hunderte Ex-Militärs, Oppositionspolitiker, Journalisten und Juristen von Gülen-treuen Staatsanwälten angeklagt, einer Geheimorganisation anzugehören, die versucht haben soll, die Regierung zu stürzen. „Mit gefälschten Beweisen und falschen Aussagen machte sie tausenden Menschen das Leben zur Hölle“, sagt Sik. Er selbst wurde 2011 verhaftet – kurz vor der Veröffentlichung seines Buches „Die Armee des Imams“, in dem er die Unterwanderung der Sicherheitsbehörden beschreibt. „Es handelt sich um eine Mafia, die Religion als ein Instrument benutzt, um Macht zu erlangen, und sie funktioniert wie ein Geheimdienst“, beschreibt Sik die sektenähnliche Struktur der Bewegung.

Das legen auch interne E-Mails des US-Sicherheitsberatungsunternehmens Stratfor nahe, die Wikileaks im Jahr 2010 enthüllt hat. Sie zitieren Informanten aus der Bewegung, die von klaren Hierarchien und Befehlsstrukturen sprechen sowie von „Rekrutierungsprozessen“ an den Gülen-Schulen. „Die treuesten Schüler würden gezielt in wichtige Positionen im Staat platziert, die Talentiertesten an die Militärschule geschickt“, heißt es darin. Gülen selbst bezeichnete in seinen frühen Werken seine Anhänger als „Rekruten“. Diese wurden natürlich in erster Linie in der Türkei rekrutiert, aber auch in den Studentenwohnungen, den sogenannten „Lichthäusern“, die es auch im Westen, unter anderem in den USA und in Deutschland, gibt.

Das US-Magazin „Foreign Policy“ beschrieb schon im Jahr 2010, dass die türkische Regierung zwar die Macht des Mili-



tärs zurückgedrängt habe, aber ein neuer „tiefer Staat“ entstanden sei. Das erkannte auch Erdogan und warf den Sondergerichten, die voll von Gülen-Kadern waren, vor, sich wie ein „Staat im Staate“ aufzuführen. In seiner Panik und der Erkenntnis, dass die Gülen-Bewegung – zu der schätzungsweise zehn bis 15 Prozent der türkischen Bevölkerung zählen – zu viel Macht erlangt hat, kündigte Erdogan im November 2013 an, die Nachhilfeschulen der Bewegung zu schließen. Nur einen Monat später strengte die Gülen-nahe Staatsanwaltschaft am 17. Dezember ein umfassendes Korruptionsermittlungsverfahren gegen Erdogan und sein Umfeld an. Daraufhin erklärte der Staatspräsident die Bewegung zur Fethullahistischen Terrororganisation und Gülen zum Staatsfeind Nummer eins. Zehntausende Staatsanwälte und Polizisten wurden entlassen oder versetzt, Stiftungen und Medienhäuser geschlossen oder vom Staat übernommen.

DRAHTZIEHER DES PUTSCHS?

Der Konflikt zwischen Präsident Erdogan und der Gülen-Bewegung eskalierte endgültig mit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 mit über 250 Toten und 2200 Verletzten. Für die AKP-Regierung war nur Stunden danach klar, dass die Gülenisten dahinterstecken. Ahmet Sik sieht das etwas anders: „Ich denke, es gab ein Bündnis innerhalb des Militärs und die Gülenisten gehörten zu den Drahtziehern. Allerdings haben sich die Mitglieder des Bündnisses in der Nacht vor dem Putschversuch und während der anschließenden Ereignisse gegenseitig verraten“, glaubt er. Der Geheimdienst wusste schon ab 15 Uhr über die

Pläne Bescheid und konnte entsprechende Vorkehrungen treffen und mit Teilen des Bündnisses verhandeln. Gareth Jenkins vom schwedischen Institut für Sicherheits- und Entwicklungspolitik sieht das ähnlich. Wahrscheinlich hätten Gülen-Offiziere Wind von der nächsten Säuberungswelle im Sicherheitsapparat bekommen und wollten dieser mit einem Putsch zuvorkommen. Dass Gülen die ganze Operation gesteuert haben soll, hält Jenkins für unwahrscheinlich. Beweise gebe es dafür nicht. Ob er davon gewusst hat, sei ebenfalls fraglich.

Den Putsch bezeichnete Erdogan „als ein Geschenk Gottes“ und rief den Ausnahmezustand aus. Er ließ 150 000 Staatsbedienstete aus dem Militär, der Justiz und aus dem Bildungsbereich wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung suspendieren oder entlassen. Mehr als 50 000 wurden verhaftet. Allein bis Oktober 2016 wurden rund 4500 Firmen und Institutionen verstaatlicht. Mehr als 300 Unternehmen – darunter die Kaynak-Holding – mit einem Wert von fast 12 Milliarden Euro wurden von der türkischen Bankenaufsichtsbehörde übernommen und füllten die Staatskasse. Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu von der kemalistischen CHP nannte das Vorgehen der Regierung einen „zivilen Putsch“.

Auch im Ausland übte die türkische Regierung Druck auf die Staaten aus, in denen die Gülen-Bewegung aktiv ist. In Afrika ist es bereits gelungen, in 19 der 36 Länder die Gülen-Schulen der im Oktober 2016 gegründeten staatlichen Maarif-Stiftung zu übertragen. Die Forderung der Türkei nach der Auslieferung von Gülen wurde von den USA jedoch abgeschmettert, auch die Bundesregierung verweigert der türkischen Regierung die Auslieferung von Gülen-Anhängern, die nach dem Putschversuch nach Deutschland geflohen sind.



TIMUR TINC ist Redakteur der Frankfurter Rundschau.

t.tinc@fr.de

LITERATUR

Seufert, G., 2013: Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen?

https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S23_srt.pdf

„Die Vorteile überwiegen eindeutig“

Ohne die Mittel von Stiftungen wären viele entwicklungspolitische Maßnahmen nicht möglich. Doch die Abhängigkeit von Philanthropen birgt auch Risiken. Thomas Loster, Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung, erläutert das Thema.

Thomas Loster im Interview mit Sabine Balk und Hans Dembowski

Welche Funktion erfüllen Stiftungen und Philanthropen in der Entwicklungsarbeit?

Ich sehe hier zwei wichtige Funktionen: Sie ergänzen sinnvoll die Maßnahmen, die von den Agenturen der Länder durchgeführt werden, oder schießen Mittel zu. Zudem fördern Stiftungen wichtige, unter Umständen auch wertvolle Studien. Unsere Münchener Rück Stiftung fördert beispielsweise Studien über die weltweite Verbreitung von Mikroversicherung. Das sind Versicherungen, die dazu beitragen, dass Menschen in armen Ländern bei Schocks nicht in die Armutsfalle abrutschen. Die Daten können genutzt werden, um staatliche und private soziale Absicherungssysteme zu verbessern. Viele

Stiftungen haben einen unternehmerischen Hintergrund. Sie verfolgen deshalb oft eine etwas andere und stärker ergebnisorientierte Herangehensweise als etwa staatliche, politisch getriebene Organisationen.

Wenn ein Großunternehmen eine wohltätige Stiftung gründet, liegt der PR-Verdacht nahe ...

Ja klar, der Verdacht liegt nahe, und das ist im Einzelfall auch begründet. Aber Stiftungen, auch Unternehmensstiftungen, arbeiten ein gutes Stück weit unabhängig von ihren Stifterinnen. Wenn ein Unternehmen eine Stiftung gründet, dann ist das im Kern eine gute Sache. Ich habe Verständnis dafür, dass es stolz darauf ist und das dann gut kommuniziert. Also: ja, es ist auch PR, aber in der Regel PR für eine gute Sache.

Gibt es Unternehmensstiftungen, die Ihrer Einschätzung nach vor allem PR-Funktionen erfüllen?

Ja, das kommt sicher vor. Da aber Stiftungsarbeit in der Regel transparent ist und Stiftungen an ihrer Arbeit und ihren Wertbei-

trägen gemessen werden, ergibt sich ein eigenständiges Bild. Reine „PR-Stiftungen“ fallen rasch auf und werden in der Regel entsprechend bloßgestellt.

Wer finanziert und kontrolliert Stiftungen?

Sie verfügen über ein mehr oder weniger großes Stiftungskapital, das kann sogar in die Milliarden Euro gehen. Dieses ist investiert, und die Erträge finanzieren die Stiftungsarbeit. In Zeiten niedriger Zinsen müssen bei kleineren Stiftungen zunehmend andere Geldquellen wie Zustiftungen, Spenden oder Projektförderungen durch Dritte akquiriert werden. Die Satzung legt fest, welche Inhalte die Stiftungsarbeit hat. Über die Stiftungsarbeit und die Finanzen wacht normalerweise ein Aufsichtsrat. Die Kontrolle ist in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich geregelt. In Deutschland kontrolliert eine Stiftungsaufsicht, ob auch tatsächlich der Stiftungszweck verfolgt wird. Sofern die Stiftung den Status der Gemeinnützigkeit hat, wird sie zusätzlich durch das Finanzamt kontrolliert. Insofern ist die Kontrolle deutscher Stiftungen recht umfassend. Die Aufsichtsregeln von Stiftungen mit Sitz im Ausland können aber wie gesagt ganz anders sein.

Wie könnte man ausländische Stiftungen mehr kontrollieren?

Das ist eine gute Frage. Eine große Stiftung wie beispielsweise die Bill & Melinda Gates-Stiftung wird wohl schwer zu kontrollieren sein. Stiftungen werden in der Regel durch eine Aufsicht kontrolliert. Sie müssen laut Gesetz gemeinnützig, non-profit sein und möglichst transparent agieren. Stiftungen unterliegen auch einer speziellen Berichtspflicht. Und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sehen genau hin, wenn es um für sie relevante Fragen geht. Beim Klimawandel, das ist mein Fachgebiet, passt beispielsweise Greenpeace auf. Auffälligkeiten oder Verstöße werden öffentlich gemacht, wie etwa bei den Koch-Brüdern, die in den USA über Stiftungen Klimaskeptiker unterstützen. Im Kern geht es auch bei Stiftungen um Good Governance. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat beispielsweise einen Code of Practice beschlossen, der das Abwandern von Gesundheitsfachkräften aus armen Bedarfsregionen – Brain Drain – regulieren soll. Ich glaube, dass in Zeiten von Social Media Verstöße und Probleme rasch kommuniziert werden. Vielleicht könnte man



Die Münchener Rück Stiftung fördert Projekte zur Katastrophenvorsorge in Entwicklungsländern: In einem Armenviertel in Beira, Mosambik, werden Flutwarnhelfer geschult.

die Überwachung noch ausbauen, aber das wäre dann sicher ein aufwändiges internationales Vorhaben.

Wie Sie erwähnt haben, finanzieren in den USA die milliardenschweren Koch-Brüder mit Spenden Klimaleugnung in großem Stil und bezeichnen das durchaus als Philanthropie. Wo verläuft die Grenze zwischen politischer Propaganda und wohltätigem Handeln?

Natürlich finde ich das nicht gut. Das machen laut Greenpeace übrigens auch viele andere Stiftungen in den USA. So etwas wird

es Gefahren. Man muss genau hinschauen. Aber insgesamt überwiegen meiner Meinung nach die Vorteile deutlich.

Generell lässt sich sagen, dass reiche Spender zumindest indirekt immer auch ihre eigenen Interessen mit im Blick haben. Die Gates-Stiftung ist stolz darauf, große Datensätze zu verarbeiten. Die Siemens-Stiftung fördert technischen Fortschritt. Ihre Stiftung legt auf Versicherungslösungen Wert. Sollte die Öffentlichkeit Philanthropen-Engagement deshalb nicht mit großer Skepsis begreifen?

einen ihnen naheliegenden Stiftungszweck verfolgen. So wird ein reicher Arzt auch eher eine Stiftung für Medizinforschung aufmachen und nicht eine für Musik oder Ähnliches.

David Callahan warnt in seinem Buch über US-Philanthropen davor, dass private Spender in Amerika zunehmend Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/07, S. 4). Das liege unter anderem an engen und überforderten öffentlichen Haushalten. Wie sehen Sie dieses Problem?

Ich teile diese Sorge. Große Stiftungen sind einflussreich und übernehmen zum Teil staatliche Aufgaben, sie führen große Studien zu Themen wie Bildung, Sicherheit und so weiter durch. Man muss schon genau hinschauen und verdächtige Sachverhalte öffentlich machen. Die Medien erfüllen hier eine wichtige Rolle, wie auch Sie mit dem Artikel zu David Callahan. Ich meine aber, dass Stiftungen insgesamt im Vergleich zu anderen Lobby-Gruppen, zum Beispiel der Auto- oder Energielobby – oder der Waffen-Lobby in den USA – eher kleinere Player sind.

Brauchen wir Stiftungen wirklich?

Davon bin ich überzeugt. Wie schon gesagt, schließen Stiftungen Finanzierungslücken oder führen wertvolle Projekte durch, die ohne sie nicht realisiert würden. Stiftungen befördern wichtige Themen. So etwa die Mercator-Stiftung in Deutschland. Sie widmet sich Themen wie dem Klimawandel, der Integration und der kulturellen Bildung. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt hat ein Stiftungskapital von mehr als 2 Milliarden Euro und fördert Projekte zum Umweltschutz. Seit Aufnahme der Stiftungsarbeit 1991 hat sie bis 2016 etwa 9000 Projekte mit mehr als 1,5 Milliarden Euro Fördervolumen unterstützt. Das ist wichtig. Die riesige Bill & Melinda Gates-Stiftung in den USA kümmert sich mit Abermillionen US-Dollar um Themen wie Gesundheitsverbesserung in Entwicklungsländern – etwa bei Malaria, Tbc oder HIV/Aids. Das ist gut.



Beim Flutwarnsystem in Buzi, Mosambik, messen freiwillige Helfer drei Mal am Tag die Niederschlagsmengen und funken die Ergebnisse in eine Zentrale.

aber immer vorkommen – und schließlich geht es ja auch ein Stück weit um Meinungsfreiheit. Sicher gibt es, je nach Blickwinkel, natürlich auch schwarze Schafe. Es ist wie bei NGOs. Man kann nicht pauschal sagen, dass sie gut oder schlecht sind. Es kommt immer darauf an, worum es geht.

Welche Gefahren birgt die Arbeit von Stiftungen im Entwicklungsbereich?

Nun, zum Beispiel hat die eben erwähnte Gates-Stiftung wegen lukrativer Gehaltsangebote in einigen Regionen Afrikas einen Abzug von Ärzten und Gesundheitspersonal ausgelöst. Das hat dann in den Ländern zu Unterversorgung geführt. Natürlich gibt

Ich glaube, die Widmung von den genannten Stiftungen liegt auf der Hand. Wir versuchen als Stiftung des Rückversicherers Munich Re mit unserer Arbeit Wissen für Mikroversicherung – also Armenversicherung – in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbreiten. Ziel ist es, sogenannte „protection gaps“ zu schließen. Wir setzen uns auch für gute Katastrophenvorsorge ein. Die Siemens-Stiftung setzt sich stark für Entrepreneurship und Innovationen in Entwicklungs- und Schwellenländern ein. Daran kann ich nichts Schlechtes finden. Und ich glaube, dass auch die Gates-Stiftung in großem Stil Gutes bewirkt. Sicher werden Unternehmen und Privatpersonen



THOMAS LOSTER ist Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung und Mitglied des E+Z/D+C-Beirats.

tloster@munichre-foundation.org



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Tweets 11 Tsd. Folge ich 2.100 Follower 4.790 Gefällt mir 182 Listen 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.

Frankfurt, Germany

dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

2.710 Fotos und Videos



Tweets Tweets & Antworten Medien

D+C Editorial office D+C @forumdc · 4 Min.
Avoiding new HIV #infections: It is compulsory in #Zambia to get tested for #HIV / #AIDS



It is compulsory in Zambia to get tested for HIV/AIDS...
Zambia has imposed a compulsory HIV Testing, Counselling and Treatment (HTCT) policy in order to reduce the number of people suffering from HIV/AIDS...
dandc.eu



D+C Editorial office D+C @forumdc · 3 Std.
#Gülen #movement: public enemy or open-minded education initiative?
ow.ly/xE830gPPDn #Turkey



Neu bei Twitter?

Melde dich jetzt an, um deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

Vielleicht gefällt dir auch

Aktualisieren

M'Baye Niang @Mbaye9Niang

UN News @UN_News_Centre

Africa Renewal, UN @africarenewal



Milliardäre bestimmen globale Agenda

Microsoft-Gründer Bill Gates und andere Superreiche stecken zig Milliarden Dollar in die internationale Entwicklungshilfe. Das finanzielle Engagement führt zu immensem Einfluss. Demokratisch legitimiert ist dieser nicht. Die Verantwortung liegt bei den Regierenden der Welt: Sie müssen multilaterale Organisationen so ausstatten, dass sie ihrem Auftrag gerecht werden können.

Von Barbara Unmüßig

Bill Gates ist der reichste Mensch der Welt. Sein Vermögen wird auf 88,5 Milliarden Dollar geschätzt. Und er ist wohl auch der großzügigste. Seine Frau und er haben über die Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF) bereits viele Milliarden ihres Vermögens für den sogenannten guten Zweck gespendet. Gemeinsam mit Warren Buffett, dem zweitreichsten Mann der USA, haben sie 2010 den „Giving Pledge“ ins Leben gerufen: den Aufruf an andere Milliardäre auf der ganzen Welt, es ihnen gleichzutun und mindestens die Hälfte ihres Reichtums zu spenden. 168 Milliardäre haben sich bisher angeschlossen. Buffett hat versprochen, 99 Prozent seines Vermögens der Philanthropie zu widmen – und zwar vor allem der Gates-Stiftung.

Das klingt wunderbar und vielversprechend: Die Reichen übernehmen Verantwortung, geben zurück und tun Gutes. Und das, während multilaterale Organisationen chronisch unterfinanziert sind. Außerdem sind sie erfolgreiche Geschäftsmänner und -frauen, die wertvolle Erfahrung im Managen großer Unternehmen und Projekte mitbringen. Macher eben, deren Expertise dort nutzbringend einsetzbar ist, wo Institutionen, Staaten und Regierungen versagen. Dieses Narrativ der wohlwollenden Philanthropen, die das Elend der Welt bekämpfen, verfängt durchaus. Die Frage ist, ob wir es so akzeptieren sollten.

Die BMGF ist die größte philanthropische Stiftung der Welt mit einem Stiftungsvermögen von rund 40 Milliarden

Dollar. Seit ihrer Gründung hat sie nach eigenen Angaben insgesamt 42 Milliarden Dollar an Zuwendungen vergeben. Sie engagiert sich vor allem in der internationalen Entwicklungshilfe, besonders in den Bereichen Gesundheit und Landwirtschaft. Sie leistet mehr finanzielle Entwicklungshilfe in der Gesundheitsversorgung als jeder Staat und ist die fünftgrößte Unterstützerin landwirtschaftlicher Initiativen in weniger entwickelten Ländern.

Mit diesem immensen finanziellen Beitrag geht beachtlicher politischer Einfluss einher: Bill und Melinda Gates sind in zahlreichen internationalen Kommissionen und Gremien vertreten. Zum Beispiel waren sie 2013 die einzigen NGO-Sprecher in der UN zur Post-MDG-(Millennium Development Goals-)Agenda; 2014 war Melinda Gates die Hauptrednerin bei der World Health Assembly, dem Entscheidungsgremium der Weltgesundheitsorganisation WHO, und Bill Gates wurde 2010 vom damaligen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in die MDG Advocacy Group berufen, die Unterstützung für die MDG-Agenda mobilisieren sollte.

Kurzum, sie sind regelmäßig Ratgeber zu Gesundheit, reproduktiven Rechten und auch zur Klimapolitik, obwohl sie hier keine Experten sind, und arbeiten auf Augenhöhe mit diversen UN-Organisationen. Hinzu kommt, dass Führungspersonen ihrer Stiftung regelmäßig zwischen der Stiftung, multilateralen Institutionen und Konzernen hin und her wechseln. Das UN-Entwicklungsprogramm (UN Development Programme – UNDP) hat resümiert, dass sich philanthropische Stiftungen nicht mehr nur als Geber, sondern als vollwertige Partner in der Entwicklungshilfe verstehen. Sie erwarten, in der Problemanalyse und Diskussionen zu Politikagenden einbezogen zu werden.

Den Einfluss, den die BMGF und damit Bill und Melinda Gates persönlich auf die globale Agenda der Krankheitsbekämpfung und Gesundheitsvorsorge sowie die Gestal-

tung und Entwicklung der globalen Landwirtschaft und damit Ernährung haben, ist gewaltig. Im Gesundheitssektor ist die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) der globale Hauptakteur. Ihr Auftrag ist es, das bestmögliche Gesundheitsniveau für alle Menschen zu verwirklichen, indem sie Krankheiten bekämpft und die allgemeine Gesundheit auf der ganzen Welt fördert. Finanziert werden soll sie eigentlich aus freiwilligen Beiträgen ihrer Mitgliedstaaten. Allerdings steckt die Organisation in einer chronischen Finanzierungskrise – die Staaten zahlen regelmäßig ihre Beiträge nicht vollständig.

Somit ist die WHO auf andere Quellen angewiesen und bezieht rund die Hälfte ihres Budgets aus Stiftungen, NGOs und dem Privatsektor. Allein 14 Prozent ihres gesamten Budgets stammte 2016/17 von der BMGF. Damit ist die WHO und mit ihr die internationale Gesundheits-Governance von diesen privaten Akteuren und ihrer Gunst abhängig. Das ist problematisch, da es keinerlei Verpflichtung für Gates und Co gibt, auch im nächsten Jahr ihr Geld für diesen Zweck auszugeben. Sie könnten ihre Zuwendungen von heute auf morgen einstellen, die WHO und das globale Gesundheitswesen lägen am Boden, wir wären hilflos.

Ein weiteres Problem philanthropischer Zuwendungen besteht darin, dass sie üblicherweise zweckgebunden sind. Das trifft auch für 80 Prozent des WHO-Budgets zu. Damit wird die globale Gesundheitsagenda nicht mehr von der Generalversammlung der WHO bestimmt, sondern von Gebern. Sie haben die Macht, über konkrete Projekte und Schwerpunkte der Organisation zu bestimmen. Anliegen, die nicht ihren Prioritäten und Zielen entsprechen, werden schlicht nicht finanziert.

MARKT UND TECHNIK

Die BMGF gestaltet damit mehr und mehr die internationale Gesundheitsversorgung: Sie setzt auf marktbasierende und vor allem technische Lösungen für komplexe Probleme. Beispielsweise finanziert sie große Impfkampagnen und verteilt Medikamente und Moskitonetze gegen Malaria. Das hilft. Jedoch wird damit nicht an den strukturellen Ursachen der konstanten Malaise der Gesundheitsbudgets der Regierungen gearbeitet. Der Fokus liegt auf Kampagnen, die

sich wie Business-Projekte umsetzen lassen – mit viel Geld, Beziehungen in die Wirtschaft und schnellen messbaren Ergebnissen. Besonders beliebt sind öffentlich-private Partnerschaften (ÖPPs), unter anderem mit der Begründung, dass sie medizinische Behandlung billiger machen. Das stimmt aber nachweislich nicht. Laut Ärzten ohne Grenzen hat die ÖPP GAVI zur Immunisierung von Kindern zwar einzelne Impfungen für einzelne Länder billiger gemacht. Ein umfassender Impfschutz für Kinder war 2014 jedoch 68 Mal so teuer wie noch 2011.

Zudem kommt bei diesem Ansatz die Bekämpfung der Krankheiten selber zu kurz. Eine Impfung macht einen Menschen nicht gesund. Auch Hunger, Durst, Armut und soziale Ungleichheit tragen dazu bei, dass Menschen krank werden.

Besonders problematisch ist, dass private Geber einseitig die Forschungsagenda bestimmen. Im Vordergrund steht die Entwicklung neuer und besserer Impfstoffe gegen übertragbare Krankheiten wie Malaria und HIV/AIDS. Unterrepräsentiert bleibt dagegen die Forschung zu nicht übertragbaren chronischen Krankheiten oder zu präventiven Maßnahmen gegen Lungenentzündungen, Durchfall und Unterernährung von Müttern und ihren Kindern – und das sind immerhin die Ursachen von 75 Prozent aller Kindstode.

Die Forschungs- und Zuwendungspraxis der BMGF begünstigt überdies Pharmakonzerne wie GlaxoSmithKline, Novartis, Roche, Sanofi, Gilead und Pfizer, bei denen die Stiftung und ihre Namensgeber ihr Geld angelegt haben. Darin besteht ein Interessenkonflikt. Die Konzerne profitieren von der Orientierung auf pharmazeutische Strategien der Gates-Stiftung und die Stiftung von den prosperierenden Konzernen. So wäscht eine Hand die andere – ein cleveres Geschäftsmodell, das sich mit dem Anspruch philanthropischen Engagements veredeln lässt.

Zu Recht kritisiert wird die Gates-Stiftung auch dafür, dass sie große Aktienanteile an Konzernen hält, denen vorgeworfen wird, mit ihren Produkten Herz-Kreislauf-erkrankungen, Diabetes, Fettleibigkeit und andere Krankheitsursachen zu begünstigen. Laut ihrer Steuererklärung 2015 hält die Gates-Stiftung Coca-Cola-Aktien im Wert von 538 Millionen Dollar. Hinzu kommen Beteiligungen an den multinationalen Nahrungsmittelkonzernen PepsiCo, Unilever,

Kraft-Heinz, Mondelez und Tyson Foods sowie den Alkoholkonzernen Anheuser-Busch und Pernod.

Globale Gesundheitspolitik und Prävention braucht umfassendere und bereichsübergreifende Ansätze. Die WHO hat 2008 in einem Bericht festgestellt, dass soziale und ökonomische Faktoren wie Einkommen und seine Verteilung, Lebens- und

Problem fehlender Technologien und fehlenden Knowhows in der Landwirtschaft. Den Grundstein für diesen Ansatz der Hungerbekämpfung hat ein anderer Philanthrop bereits in den 1960er Jahren gelegt: John D. Rockefeller. Seit 2006 treiben Gates- und Rockefeller-Stiftung gemeinsam mit bisher 3 Milliarden Dollar eine „grüne Revolution“ in Afrika voran, die darauf abzielt, die Pro-



Melinda Gates spricht bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO). 2016/17 stammten 14 Prozent des WHO-Budgets von der Gates-Stiftung.

Arbeitsbedingungen, Bildung und Umwelt einen größeren Einfluss auf die Gesundheit der Menschen haben als die reine medizinische Versorgung. Umso unvernünftiger scheint es, dass die Organisation trotzdem eine Agenda verfolgt, die überproportional auf technische medizinische Hilfe statt auf die Bildung sozio-ökonomischer Kapazitäten und Veränderungen setzt. Statt Geld in den Aufbau staatlicher Gesundheits- und Daseinsversorgung zu investieren, fließen die Gelder – auch durch das ÖPP-Modell – vor allem in den privaten Sektor und die Profitbilanzen amerikanischer und europäischer Pharmakonzerne. So bestimmen einzelne reiche Geschäftsleute, was am dringendsten gebraucht wird, während die Prioritäten vor Ort unter Umständen ganz anders aussehen.

Im globalen Agrarsektor stellt sich die Lage ähnlich dar: Die BMGF versteht Hunger und Mangelernährung vornehmlich als

duktivität in der Landwirtschaft durch den Einsatz von Hybrid-Saatgut, Biotechnologie, synthetische Dünger oder Gentechnik zu steigern. Dabei fließen rund 96 Prozent der Gelder zu amerikanischen oder europäischen NGOs, die die Maßnahmen implementieren.

Kritiker werfen den Philanthropen daher zu Recht vor, dass dieser Ansatz vor allem afrikanische Märkte für amerikanische und europäische Großkonzerne und NGOs öffnet – von denen die Geberinstitutionen nicht selten selbst profitieren. Lokale, sozial und ökologisch nachhaltigere Alternativen wie Agrarökologie bleiben unterrepräsentiert und werden verdrängt. Außerdem beraubt der paternalistische Top-down-Zugang die lokale Bevölkerung ihrer Gestaltungsfreiheit. Selten werden die Risiken und Nebenwirkungen der technologischen Entwicklung, von genetisch verändertem Saatgut bis hin zu den negativen Auswirkungen indus-



Die Gates-Stiftung verteilt in großem Stil Moskitonetze in Afrika. Das hilft gegen die Ausbreitung von Malaria, aber nicht gegen die strukturellen Probleme.

trieller Landwirtschaft und ihrer Methoden, gesellschaftlich diskutiert.

So beeinflusst Bill Gates maßgeblich die internationale Entwicklungspolitik und lenkt sie in Bahnen, die er für richtig hält. Demokratisch legitimiert ist sein Einfluss nicht. Zivilgesellschaftliche Akteure und NGOs kritisieren das oft. Dabei wird leider allzu gerne vergessen, dass auch NGOs, multilaterale Organisationen und staatliches Handeln sehr selten wirklich global demokratisch diskutiert und legitimiert sind.

Das Problem, dass komplexe, strukturelle Probleme und Krisen einseitig mit

technischen „Pflaster“-Lösungen bekämpft werden, sozial und ökologisch gerechte Alternativen zu kurz kommen und akute medizinische und technologische Unterstützung von Menschen nicht von einer weitgreifenden Transformation begleitet wird, wurde nicht von Philanthropen wie Bill Gates erschaffen. Vielmehr haben wir es mit einem generellen, globalen Politikproblem zu tun. Regierungen ducken sich vor ihrer Verantwortung und ihrer Aufgabe weg, für die öffentliche Daseinsfürsorge und das Allgemeinwohl zu sorgen. Eine angemessene Besteuerung gerade von Eliten

und Mittelschichten wäre das Gebot der Stunde, um Gesundheits-, Bildungs- oder auch Forschungsbudgets zugunsten der ärmeren Bevölkerung und der öffentlichen Güter zu etablieren.

Dass die WHO 80 Prozent ihrer Gelder nur zweckbezogen ausgeben und dadurch allenfalls eine selektive und unzureichende Gesundheitspolitik vorantreiben kann, ist nicht den Philanthropen anzulasten. Die Regierenden der Welt haben die Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Bürger und für das Ende humanitärer Krisen. Sie müssen multilaterale Organisationen so ausstatten, dass sie ihrem Auftrag gerecht werden können. Dazu gehören nicht nur finanzielle und personelle Ressourcen, sondern beispielsweise auch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, der Bevölkerung vor Ort und der Fachexpertise.

GERECHTIGKEIT SCHAFFEN

Ihren Bericht aus dem Jahr 2008 schloss die WHO mit dem Fazit: „Soziale Gerechtigkeit ist eine Frage von Leben und Tod“. Sie bestimmt maßgeblich, ob Menschen hungern, in Armut leben, an Infektionskrankheiten erkranken, an den Folgen sterben. Philanthropen wie Bill Gates und ihr Engagement für den „guten Zweck“ sind zwar nicht die Ursache für fehlgeleitete Entwicklungspolitik. Sie sind aber die andere Seite der Medaille sozialer Ungerechtigkeit.

In einer Welt, in der einzelne Wenige mehr besitzen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, besteht das Hauptproblem nicht darin, was sie mit ihrem Reichtum machen. Entscheidend ist, dass die Anhäufung dieses gewaltigen Reichtums Armut, soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung verursacht. Dieses Grundproblem müssen wir angehen. Die Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit in der Welt entscheidet sich nicht an der Spendenbereitschaft und dem Agenda-Setting wohlmeinender Philanthropen. Das Gerechtigkeitsproblem können wir nur lösen, wenn wir eine sozial und ökologisch gerechtere Welt für alle schaffen.



BARBARA UNMÜSSIG ist
Vorstand der Heinrich-Böll-
Stiftung.

vorstand@boell.de

Förderer demokratischer Werte

In Deutschland gibt es derzeit sechs politische Stiftungen, die vom Staat finanziell gefördert werden. Jede von ihnen steht einer Partei nahe, die mindestens zwei Mal hintereinander in den Bundestag gewählt wurde. Die sechs Stiftungen sind die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), die Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP), die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU), die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen), die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung (die Linke). Die im Oktober neu in den Bundestag eingezogene AfD will ebenfalls eine politische Stiftung für eine finanzielle Förderung benennen. Für eine öffentliche Finanzierung müsste die Partei allerdings zunächst erneut in den Bundestag gewählt werden.

Der Auftrag der politischen Stiftungen ist es, im Inland politisches Engagement und den akademischen Nachwuchs zu fördern und im Ausland den Aufbau von Demokratien zu unterstützen. Die meisten Stiftungen haben ihre Zentrale in der Bundeshauptstadt Berlin und Vertretungen in den Bundesländern. Zudem gibt es Auslandsbüros in allen Regionen der Welt. Die politischen Stiftungen verstehen sich als Organisationen, die gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit leisten, Informationen und Politikberatung im In- und Ausland bereitstellen, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiari-

tät und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind.

In der Praxis bedeutet das, dass sie politische Bildung vermitteln und – mit Partnern zusammen – politisches

empirische Studien und Aufklärungs- und Informationsmaterial zu einer Vielzahl von Themen. Außerdem fördern sie den Erhalt von Kunst und Kultur und vergeben Stipendien an junge Menschen. Im Ausland setzen sie sich durch Informationstransfer und internationale Begegnungen für die Völker-

schen Demokratie nach 1945, aus den Erfahrungen der Weimarer Republik (1918–1933) zu lernen. In der Hoffnung, einen Beitrag zur Stabilisierung der neuen deutschen Demokratie zu leisten, wurden die politischen Stiftungen mit dem Auftrag geschaffen (oder im Fall der Ebert Stiftung neu gegründet), die demokratischen Werte der Parteien in die Gesellschaft zu tragen und eine demokratische Kultur im Land zu befördern.

Obwohl die Stiftungen Parteien ideell nahestehen, sind sie personell, finanziell und organisatorisch rechtlich unabhängig und nehmen ihre Aufgaben selbstständig, eigenverantwortlich und in geistiger Offenheit wahr. Über die jeweilige Ausrichtung der politischen Bildungsarbeit oder über die Auswahl der Standorte der Büros im Ausland entscheiden die Stiftungen unabhängig. Sie gelten als gemeinnützig und werden überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert: aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes und der Bundesministerien des Inneren, für Bildung und Forschung und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Höhe der jeweiligen Mittel wird im Rahmen der Verhandlungen über den Bundeshaushalt in jeder Legislaturperiode festgelegt und mit dem Haushaltsgesetz vom Bundestag beschlossen. Die Verteilung des Budgets verhandeln die Stiftungen untereinander anhand eines Schlüssels. Die öffentliche Finanzierung soll sicherstellen, dass die Stiftungen unabhängig, verlässlich und mit Planungssicherheit arbeiten können. Sie sind aber an klare Zuwendungsrichtlinien gebunden. (bu)



Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Das Bild zeigt ihren Vorsitzenden Kurt Beck beim Festakt zum 90-jährigen Bestehen im Jahr 2015 in Berlin.

Engagement fördern. Sie unterstützen Wissenschaft und Forschung, um Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten, und erforschen unter anderem die geschichtliche Entwicklung von Parteien und politischen und sozialen Bewegungen. Dazu erstellen sie zum Beispiel Politikanalysen,

verständigung ein und leisten entwicklungspolitische Unterstützung, um den Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen zu fördern.

Im internationalen Vergleich sind die deutschen politischen Stiftungen einmalig. Sie sind ein Vermächtnis der Bestrebungen der jungen deut-

Dreifacher Auftrag

Medico international ist eine Hilfsorganisation, die sich für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit einsetzt. Mittlerweile gibt es auch eine Stiftung gleichen Namens. Medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer erläutert das Konzept.

Thomas Gebauer im Interview mit Hans Dembowski

Wie bewerten Sie den Trend, dass der Einfluss superreicher Philanthropen weltweit wächst?

Was in der Philanthropie verlorengeht, ist der Rechtsanspruch der Menschen auf Daseinsvorsorge. Dem Schweizer Pädagogen Johann Heinrich Pestalozzi, einem Zeitgenossen der Französischen Revolution, verdanken wir den bemerkenswerten Satz: „Wohltätigkeit ist die Ersäufung des Rechts im Mistloch der Gnade.“ Das passt auch noch heute. Die entscheidende Frage ist immer, ob die gesellschaftlichen Umstände es zulassen, dass Menschen ihre sozialen Rechte und Rechtsansprüche verwirklichen können oder ob sie auf die Gnade anderer angewiesen sind. Letzteres ist leider heute zunehmend der Fall. Darin kommt eine Refeudalisierung der Verhältnisse zum Ausdruck, ein Zurück in die Zeit vor der Französischen Revolution.

Medico international arbeitet aber doch selbst wohltätig?

Ja, und das ist angesichts des großen Elends in der Welt auch nötig. Wir sehen uns einem dreifachen Auftrag verpflichtet:

- wir verteidigen die nötige Hilfe,
- wir kritisieren ihre Praxis, und
- wir wollen Hilfe überwinden.

Unser Ziel ist die Schaffung weltweiter solidarischer Sicherungssysteme, die den Rechtsanspruch auf Daseinsvorsorge sichern und so die Abhängigkeit bedürftiger Menschen vom Goodwill anderer weitgehend minimieren. Solange das nicht erreicht ist, ist Hilfe aber notwendig – und ebenso die Kritik an den Verhältnissen, die sie notwendig machen. In meinen Augen leidet die Welt nicht an zu wenig Hilfe, son-

dern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe nötig machen.

Wer für medico spendet oder sein Kapital ihrer Stiftung stiftet, hat aber doch im Prinzip dasselbe Motiv wie reiche Philanthropen wie etwa Bill Gates, Warren Buffett oder Michael Bloomberg. Diese Menschen wollen etwas Positives bewirken.

Es gibt aber einen großen Unterschied. Unsere Spenderinnen und Spender verfolgen nicht, wie das die Personen tun, die Sie genannt haben, eigennützige Interessen. Sie nutzen ihr Geld nicht, um ein businessorientiertes Hilfsmodell durchzusetzen, wie das Bill Gates im Falle der WHO tut. Wer uns Geld gibt, unterstützt unser sozialpolitisches Anliegen. Was das Verhältnis zwischen medico und seinen Spendern trägt, ist nicht Kontrolle und Einflussnahme, sondern gemeinsame Überzeugungen und Vertrauen.

Warum hat Ihr Verein vor gut einem Jahrzehnt die Stiftung gegründet? Andere karitative Organisationen in Deutschland verfolgen ähnliche Strategien.

Wir hatten mehrere Motive:

Wir wollten unsere Unabhängigkeit erhöhen und so auch die Abhängigkeit von öffentlichen Fördermitteln senken. Wir wollten sicherstellen, auch dann handlungsfähig zu bleiben, wenn es auf weniger spektakuläre Krisen zu reagieren gilt, die nicht in der Aufmerksamkeit der Medien stehen. Und wir wollten die Möglichkeit langfristiger Planungen vergrößern. Spenden, die der Verein bekommt, müssen zeitnah verwendet werden. Mit den Erträgen aus dem Stiftungskapital können wir dagegen auch Aktivitäten unterstützen, die einen langen Atem brauchen, etwa die Erarbeitung gesundheitspolitischer Konzepte oder die Förderung von globalen Kampagnen, wie damals die Kampagne gegen die Landminen.

Wir wussten von einigen unserer Spenderinnen und Spender, dass sie Teile ihres Vermögens im Rahmen einer Stiftung langfristig sozialen Zwecken zukommen lassen wollten. Manche hatten beträchtliche Erbschaften gemacht, die sie gerne weitergeben wollten. Und so entstand mit der medico Stiftung ein zweites organisatorisches Standbein, das uns unabhängiger und zugleich flexibler macht.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Das Stiftungskapital beträgt mittlerweile etwas über 20 Millionen Euro. Und es wird weiter wachsen, denn immer öfter wird medico heute in Testamenten bedacht. Es gibt



Das neu gebaute medico-Haus am Frankfurter Osthafen.



Basisnahe Altenpflege in Bangladesch.

in Deutschland viele Menschen, die etwas zu vererben haben, und manche davon wollen damit noch langfristig sozialpolitisch etwas bewirken.

Wie ist das Stiftungskapital angelegt?

Grundlage sind ethisch-nachhaltige Kriterien sowie die langfristige Sicherung des Stiftungsvermögens. Aufgrund der Turbulenzen an den Kapitalmärkten haben wir uns entschlossen, einen Teil des Vermögens in einer Immobilie anzulegen, die wir selbst nutzen wollten. Der Bau des medico-Hauses im Frankfurter Osthafenviertel begann Mitte letzten Jahres. Vor ein paar Wochen sind wir nun gemeinsam mit gleichgesinnten Organisationen eingezogen.

Wie nutzen Sie das Haus?

Mit von der Partie sind andere Initiativen, die wie medico sozialpolitische Ziele verfolgen. Dazu gehören etwa die Evangelische Wohnraumhilfe oder eine psychotherapeutische Beratungsstelle für traumatisierte Flüchtlinge. Wir fühlen uns in diesem Umfeld wohl, und es ermöglicht zugleich, gemeinsam auf die Frankfurter Stadtgesellschaft einzuwirken. Zu diesem Zweck entstand im Erdgeschoss ein größerer Veranstaltungsbereich, den wir nun für Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, lokale und überregionale Vernetzungstreffen et ce-

tera nutzen werden. Aber noch etwas ist mit dem Haus verbunden. Wir sind nun von den höchst bedenklichen Entwicklungen, die gerade den Frankfurter Immobilienmarkt in Atem halten, unabhängig. Die Mieten, die der Verein und unsere Nachbarn an die Stiftung zahlen, fließen nicht an irgendeinen Investor, sondern zurück in die Arbeit von medico.

Medico unterstützt Partnerorganisationen in Entwicklungsländern und Krisenregionen, die sich auf der Graswurzelebene für medizinische Basisversorgung und gesündere Lebensverhältnisse einsetzen. Beobachten Sie, dass kleine dezentrale Initiativen wegen des wachsenden Einflusses einiger megareicher Individualspender weniger Geld bekommen?

Was ich beobachte, ist eine Art Kapitalisierung der Hilfe, auch der staatlichen Entwicklungspolitik und dies nicht nur in Deutschland. Immer häufiger ist heute von Sozial-Anleihen die Rede, die privates Kapital für soziale Zwecke mobilisieren sollen. Gerade erst hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz den weltweit ersten „Humanitarian-Impact-Bond“ auflegt, der Anlegern, die beispielsweise Geld für Rehabilitationszentren in Syrien bereitstellen, sieben Prozent Rendite verspricht. Die müssen dann, zusätzlich zur Rückzahlung der Einla-

gen, aus Steuermitteln aufgebracht werden. Ein anderes Beispiel:

Wenn heute über gesundheitspolitische Maßnahmen beraten wird, sind die Pharmaindustrie, die medizintechnischen Gerätehersteller und Institutionen wie die Gates-Stiftung immer ganz vorne dabei. Nicht dabei aber sind Basisinitiativen, die die krankmachenden Lebensumstände dauerhaft verändern wollen und folglich weniger Interesse an Hightech-Lösungen und schnell vorzeigbaren Ergebnissen haben. So unterwirft sich die Entwicklungspolitik mehr und mehr einer ökonomischen Logik.

Widerspricht das nicht dem Geist der Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDGs), die weltweit Sozialpolitik eigentlich stärken?

Leider trifft das auch auf die SDGs zu. Nicht über die Umverteilung des bestehenden Reichtums sollen sie verwirklicht werde, sondern über ökonomisches Wachstum, wie es im Kleingedruckten der SDG-Agenda, den means of implementation steht. Als ich vor fast 40 Jahren mit internationaler Solidaritätsarbeit anfang, waren viele von uns, auch die Mitarbeiterinnen in den Institutionen der staatlichen Entwicklungspolitik, von den Ideen der „Pädagogik der Befreiung“ – von Autoren wie Paulo Freire – inspiriert. Heute sind es pragmatische Anpassungsprogramme, die dominieren. Die Pädagogik der Befreiung wurde abgelöst von albern klingenden „financial literacy“-Konzepten, die in Menschen nicht mehr mündige und sozial engagierte Citoyens sehen, sondern nur noch kleine Unternehmer, die miteinander um die Sicherung ihrer Lebensumstände konkurrieren müssen.



THOMAS GEBAUER ist Geschäftsführer sowohl des Vereins **medico international e.V.** sowie ehrenamtlich der **stiftung medico international.**

Er war Anfang der 1990er Jahre Mitinitiator der internationalen Kampagne zum Verbot der Landminen (ICBL), die 1997 für ihren Beitrag zum Zustandekommen der Ottawa-Konvention zum Verbot der Antipersonenminen mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

info@medico.de

<http://www.medico.de>

Wohltätigkeit mit Wirkung

Unternehmerische Wohltätigkeit wird in Indien immer wichtiger. Da viele staatliche Stellen versagen, ist dieser Trend willkommen – er hat aber auch Schattenseiten.

Von Aditi Roy Ghatak

Die sozialen Unterschiede in Indien sind enorm. Während einige hundert Millionen Menschen in tiefster Armut leben, gibt es auch unglaublich reiche Familien (siehe meinen Aufsatz in E+Z/D+C e-Paper 2017/05, S.29). Der internationalen Unternehmensberatung Bain (2017) zufolge steht Indien mit einer Zahl von 90 Milliarden Dollar weltweit auf Platz 7 im weltweiten Ländervergleich. Diese haben ein Gesamtvermögen von 206 Milliarden Dollar.

Alle großen Religionen sehen es als ihre Pflicht, Armen zu helfen. Auch wohlhabende Industrielle halten bereitwillig an dieser Tradition fest (siehe Kasten, S.39). Dabei geht es ihnen auch immer mehr um unternehmerische Ansätze im Sinne einer corporate social responsibility (CSR).

Laut dem kürzlich von Bain veröffentlichten India Philanthropy Report 2017 muss das Land in den kommenden Jahren im Staatshaushalt Löcher von 8,5 Billionen Dollar stopfen, da es sonst die UN Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (sustainable development goals – SDGs) nicht bis 2030 erreicht. Bain stellt klar: „Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es erheblicher zusätzlicher Mittel und systematischer Änderungen der Maßnahmen und staatlichen Leistungen. Die Regierung ist zwar weiterhin der größte Wegbereiter für Veränderungen, aber die private Wohltätigkeit ist entscheidend.“

Reiche Geschäftsfamilien waren schon immer wohlthätig. Das gilt für bekannte Namen wie Tata, Birla, Bajaj, Godrej, Mahindra und viele andere. Gewiss hat dabei geholfen, dass der Freiheitskämpfer Mahatma Gandhi von Unternehmen forderte, zum Wohle der Allgemeinheit in soziale Entwicklung zu investieren. Dazu gehören Bildung, Gesundheit, Entwicklung des ländlichen Raums, Wasserprojekte und die Abschaffung der Unberührbarkeit.

Auch jüngere Unternehmer beteiligen sich. So investierte etwa Azim Premji, der Vorsitzende des IT-Dienstleistungsunternehmens Wipro, Aktien im Wert von zwei Milliarden Dollar in seine wohltätige Azim Premji-Stiftung. Laut der in Shanghai ansässigen Datenfirma Hurun, die regelmäßig eine Wohltätigkeitsliste für Indien erstellt, waren Shiv Nadar (HCL Technologies), Kris Gopalakrishnan (Infosys) und seine Ehefrau Sudha sowie Mukesh Ambani (Reliance Industries) im vergangenen Jahr die großzügigsten Spender in Indien. Nadar gab mit umgerechnet 82 Millionen Euro die größte Summe – insbesondere für Bildung. Die Gopalakrishnans (41 Mio. €) und Ambani (39 Mio. €) förderten unter anderem Bildung, Gesundheitsversorgung, ländliche und soziale Entwicklung.

Indische Philanthropen orientieren sich zunehmend an internationalen Vorbildern – insbesondere aus den USA. Dabei gibt es aber kulturelle Unterschiede, denn früher sprachen indische Wirtschaftsbosse nicht über ihre Wohltaten. „Ich finde, über Philanthropie sollte man nicht groß sprechen“, sagt etwa der Vorsitzende von Infosys, Narayan Murthy. Der aus einer seit Jahren wohlthätigen Unternehmerfamilie stammende Ajay Piramal sah das früher genauso. Aber

die Beispiele Warren Buffett und Bill Gates hätten das verändert: „Ich beginne, über das, was wir tun, auch zu sprechen.“

Der Wandel zeigt sich auch andernorts. Dasra ist eine indische philanthropische Stiftung, die sich auf strategische Fragen spezialisiert. Sie fordert Förderer auf, nicht nur den unmittelbaren, individuellen Effekt im Blick zu haben, sondern kollektiv zu handeln. Dasra ist Sanskrit und bedeutet „erleuchtetes Geben“. Die Stiftung selbst verdankt ihre Existenz genau diesem Ansatz; zu ihren Sponsoren gehören indische und multinationale Konzerne. Ihre Aufgabe ist es, Daten zu sammeln, zu beraten und Strategien zu entwickeln.

Der Tata Trust teilt Dasras Sicht: „Indien muss wie andere Länder eine ausgefeiltere Form der Wohltätigkeit finden, die etwas bewirkt und etwas bewirken will.“ Der Fonds hat einen ausgezeichneten Ruf und eine lange Geschichte, die vor 125 Jahren als JN Tata Endowment Scheme begann (siehe meinen Aufsatz in E+Z/D+C 2015/12, S.19 oder Printausgabe 2016/01-02, S.32).

Inzwischen interessieren sich philanthropische Stiftungen und Fonds in Indien mehr für gesamtindische Lösungen und schaffen Plattformen für die Zusammenarbeit mit anderen Partnern – wie etwa Regierungsbehörden, privatwirtschaftlichen Unternehmen, zivilgesellschaftlichen und multilateralen Organisationen, Think Tanks und anderen. Je mehr die philanthropischen Institutionen profes-



Screenshot der Azim Premji Stiftung: <http://azimpremjifoundation.org/>

sionalisiert werden, desto weniger sind die Familien direkt eingebunden.

Der Tata Trust hat sich mit dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie zusammengetan, um soziale Unternehmungen zu fördern. Er kooperiert mit der Landesregierung von Maharashtra, um ein auf 1000 Dörfer ausgerichtetes soziales Transformationsprojekt zu unterstützen. Zusammen mit der Khan Academy, einem Online-Bildungsanbieter, führt er in einem Dutzend indischer Bundesstaaten E-Learning-Programme an staatlichen Schulen ein.

Die zu Mahindra gehörende Naandi-Stiftung beschäftigt ein Team von mehr als 300 Vollzeit-Fachkräften und mehr als 3000 Entwicklungshelfer. Sie hat ihre Spuren in 16 indischen Staaten hinterlassen, auch in einigen der größten. Naandi verbessert bereits das Leben von mehr als fünf Millionen unterversorgten Menschen. Auf der Agenda stehen unter anderem die Förderung von sauberem Trinkwasser, die Unterstützung von Landwirtschaftsmarketing bis hin zu städtischen Grundschulen und Qualifizierungsprogrammen für arbeitslose Jugendliche.

Die Stiftung hat auch einen exklusiven Verkaufsladen in Paris eröffnet, in dem

die luxuriöse Kaffeemarke „Araku“ verkauft wird. Dieser Arabica-Kaffee wird in biodynamischer Weise von den Völkern im Arakutal in Andhra Pradesh angebaut.

KRITIKPUNKTE

Tatsächlich braucht Indien Philanthropie in großem Maßstab, um die Unzulänglichkeiten der Bürokratie zu kompensieren. Leider hat dieser Trend auch Nachteile. So wird den rund 120 Millionen kleinen und lokal verorteten Programmen in Indien zunehmend die Hilfe entzogen, weil das Geld eher großangelegten Projekten zugutekommt.

Hinzu kommt, dass die Zentralregierung hart gegen Nichtregierungsorganisationen vorgegangen ist – besonders gegen ausländisch finanzierte, weil diese angeblich den Antinationalismus schüren. In Wirklichkeit stellen viele von ihnen Basisversorgung bereit und geben legitimen Sorgen eine Stimme. Die Zentralregierung wünscht jedoch nur unterwürfige Philanthropen, und das ist schlecht für die Zukunft des Landes.

Auch engagieren sich nicht alle Unternehmen freiwillig. Die Regierung fordert, dass privatwirtschaftliche Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr

als 120 Millionen Euro zwei Prozent ihres Nettogewinns für CSR vorsehen. Diese Maßnahmen werden wohl so gestaltet, dass sie dem Interesse der Unternehmen dienen.

Noch schlimmer ist, dass Eigentümer ihre wohltätigen Organisationen manchmal dazu missbrauchen, um Steuern zu hinterziehen. In einem Land, in dem Korruption an der Tagesordnung ist, überrascht es nicht, dass gemeinnütziges Handeln auch anderweitig pervertiert wird. 2015 wurde bei Bildungsfonds schwerer Betrug aufgedeckt. Dabei wurde Geld im zweistelligen Millionenbereich abgeschöpft.



ADITI ROY GHATAK
ist freie Journalistin in Kalkutta.

aoyghatak1956@gmail.com

LINKS

Bain and Company, 2017: India Philanthropy Report 2017.

<http://www.bain.com/publications/articles/india-philanthropy-report-2017.aspx>

Naandi Foundation:

<https://www.facebook.com/NaandiFoundation/>

Dana, Zakat und Wohltätigkeit

Indien hat eine lange Tradition der Wohltätigkeit, in der die Religion eine Rolle spielt.

Indien bewegt sich im World Giving Index der Charities Aid Foundation (CAF) nach oben und ist in der Rangliste von Platz 91 auf Platz 81 vorgerückt. Der Index beurteilt, wie wohlthätig Länder sind. Indien ist mit mehr als 1,3 Milliarden Menschen extrem bevölkerungsreich, daher überschreitet die reine Anzahl an indischen Gebern die anderer Länder. 2016 halfen laut CAF 340 Millionen Inder Bedürftigen (2015 waren

es 401 Millionen), 265 Millionen gaben Geld (2015 waren es 203 Millionen) und 256 Millionen arbeiteten ehrenamtlich (2015 waren es 200 Millionen).



Indische Religionen wie Hinduismus und Sikhismus legen viel Wert auf „Dana“. Dana entspricht in etwa der christlichen Idee von Nächstenliebe, das verwandte muslimische Prinzip heißt „Zakat“. Hindus spenden fast zwei Milliarden Euro jährlich,

wie das von Nobelpreisträger Amartya Sen geleitete Prati-chi-Institut auf Basis nationaler Erhebungen errechnet hat. Die Sikh geben 220 Millionen, Christen 55 Millionen und Muslime 340 Millionen Euro.

Angesichts der drastischen sozialen Ungleichheit reicht Wohltätigkeit allein nicht aus. Entwicklungsbemühungen müssen koordiniert und angemessen gestaltet werden, um nachhaltige Veränderungen voranzutreiben (siehe Hauptartikel, S. 38). Es spricht für sich, dass Indien im Human Development Index lediglich auf Rang 130 liegt und beim SDG-Index bei 110. (arg)

Die globale Textilindustrie ist ein enormer CO₂-Emittent, Umweltverschmutzer und Abfallproduzent. Nur wenige Modefirmen wie Filippa K aus Schweden gehen einen anderen Weg.

Seite 8



Foto: Britta Pedersen/picture-alliance/dpa